

N i e d e r s c h r i f t

**der 28. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
25.01.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 18:35 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Hendrik Lange	Stadtratsvorsitzender Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) bis 21:24 Uhr
Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) ab 15:06 Uhr
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) bis 18:30 Uhr
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) ab 15 Uhr bis 21:29 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frank Sänger	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) ab 14:29 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) ab 15 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) ab 18:37 Uhr
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) ab 16:03 Uhr
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) ab 16:45 Uhr

Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) ab 14:42 Uhr
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) ab 14:11 Uhr
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) bis 19:40 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fabian Borggreffe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) bis 21:28 Uhr
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) bis 21:34 Uhr
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) 16:32 - 19:39
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Bernward Rothe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) bis 19:40 Uhr
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) bis 21:34
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab 14:15 Uhr
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Marko Rupsch	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Markus Klätte	Stadtrat
Gerhard Pitsch	Stadtrat
Alexander Raue	Stadtrat

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Katharina Brederlow	Beigeordnete
Sabine Ernst	Leiterin Büro OB
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Maik Stehle	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Manuela Hinniger	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Helmut-Ernst Kaßner	Stadtrat

zu **Einwohnerfragestunde**

Die Einwohnerfragestunde wurde durch den Vorsitzenden des Stadtrates, **Herrn Lange**, eröffnet.

zu **Herr Hildebrand zu Parkplätzen**

Herr Hildebrand teilte mit, dass er seit 40 Jahren die Imkerei in Halle betreibt. Sein Pachtgrundstück befindet sich neben dem Pestalozzipark und wird von den Hallensern, insbesondere von Schulklassen, gern als Naturlehrpfad genutzt. Herr Hildebrand erwähnte, dass er in Kooperation mit einem Imker aus dem Saalekreis arbeitet. Der Pachtvertrag für das Grundstück wurde am 10.01.2017 gekündigt. Herr Hildebrand fragte, ob der Stadt 5-6 Parkplätze wichtiger seien, als die Imkerei.

Herr Stäglin antwortete, dass es viele Gespräche zur Parkplatzsituation rund um das Stadion gegeben habe. Dringend benötigte Parkplätze könnten nur auf dem genannten Grundstück baurechtlich errichtet werden. Weiterhin sagte er, dass Herrn Hildebrand ein anderer Standort für die Imkerei angeboten wurde.

Herr Hildebrand bat darum, die Planung der Parkplätze zu überdenken.

Herr Stäglin sagte, dass er Herrn Hildebrand zu einem Gespräch einladen werde.

zu Herr Fritz zur Beauftragung privatrechtlicher Unternehmen mit hoheitlichen Aufgaben

Herr Fritz wies auf die Erneuerung der Beauftragung der HWS mit hoheitlichen Aufgaben hin, welche in der Stadtratssitzung Dezember 2016 beschlossen wurde. Er teilte mit, dass er gegen den Abfallgebührenbescheid 2013 erfolgreich geklagt habe. Die Abfallgebührensatzung 2015-2016, sowie die aktuelle Satzung weisen denselben Rechtsfehler auf.

Er fragte, ob die die Abfallgebührenbescheide Ende Januar 2017 verschickt werden oder eine korrigierte Satzung zur Beschlussfassung dem Stadtrat vorgelegt werde.

Herr Stäglin antwortete, dass zunächst die Informationen aus der Gerichtsverhandlung ausgewertet werden.

Herr Fritz bedankte sich für die gute Protokollführung der letzten Jahre. Diese stelle einen wesentlichen Beitrag für seine Arbeit dar. Er bat Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand den Mitarbeitern seinen Dank ausrichten.

zu Frau Hefter zur Sanierung der Förderschule für Geistig Behinderte "Astrid Lindgren"

Frau Hefter teilte mit, dass Sie zur Elternvertretung der Förderschule für Geistig Behinderte "Astrid Lindgren" gehöre. Sie wies darauf hin, dass die Astrid-Lindgren-Schule dringend saniert oder ein geeigneterer Standort gefunden werden müsse. Die Schule ist bautechnisch und brandschutztechnisch in einem schlechten Zustand und für behinderte Kinder nicht geeignet. Es fehlen geeignete Sanitäranlagen, Therapieräume und Wickelräume. Nach Anfrage der SPD hat die Stadtverwaltung einen neuen Standort an der Theodor-Neubauer-Straße vorgeschlagen, ein Projekt mit der Auenschule.

Frau Hefter sagte, dass bisher keiner über dieses Vorhaben informiert habe. Sie fragte, wann Elternschaft und Schulleitung in das Projekt einbezogen werden und wie sich die Zeitschiene darstellt.

Frau Brederlow antwortete, dass dieses Projekt bereits seit drei bis vier Jahren bekannt sei. Die Planung soll dieses Jahr erfolgen. Somit wäre eine Sanierung der Schule in 2019/2020 möglich. Weiterhin sagte sie, werden die Eltern und Lehrer bei der Planung einbezogen.

Weitere Einwohnerfragen gab es nicht. **Herr Lange** beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 28. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Lange**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 43 Mitglieder des Stadtrates (75,44 %) anwesend.

Herr Lange verpflichtete Frau Renate Krimmling als neue Stadträtin.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lange teilte mit, dass folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung genommen werden, da diese in Fachausschüssen vertagt wurden:

TOP 7.11

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale) – (Sportförderrichtlinie)
Vorlage: VI/2016/02463

TOP 7.12

Erste Fortschreibung zur Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schulform Berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2016/17 bis 2020/21 (Vorlage Nr. VI/2015/01129)
Vorlage: VI/2016/02523

TOP 8.6

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Anpassung der Richtlinie für die Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01401

Weiterhin informierte **Herr Lange** über die nachfolgenden Dringlichkeiten und bat um Abstimmung. Er wies darauf hin, dass 2/3 der Mitglieder des Stadtrates einer Aufnahme in die Tagesordnung zustimmen müsse.

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2017/02741

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
die erforderliche 2/3 Mehrheit wurde erreicht

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Umbesetzungen in beratenden Ausschüssen
Vorlage: VI/2017/02758

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
die erforderliche 2/3 Mehrheit wurde erreicht

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung im Aufsichtsrat der EVH GmbH
Vorlage: VI/2017/02759

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
die erforderliche 2/3 Mehrheit wurde erreicht

Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
Vorlage: VI/2017/02760

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
die erforderliche 2/3 Mehrheit wurde erreicht

Des Weiteren informierte **Herr Lange** über folgende Änderungen und Ergänzungen:

TOP 7.1

Teilnahme von zwei Stadträten an der 39. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 30. Mai bis 01. Juni 2017 in Nürnberg

Vorlage: VI/2016/02638

→ **Beschlussvorschlag geändert**

TOP 7.7

Beschluss über die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans Halle 2025

Vorlage: VI/2016/02350

→ **hierzu liegen vier Änderungsanträge der CDU/FDP-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und des Stadtrates Christian Feigl vor, Behandlung unter 7.7.1, 7.7.2, 7.7.3, 7.7.4**

TOP 8.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Umgang mit der Hochwasserschadensbeseitigung 2013

Vorlage: VI/2016/02319

→ **Änderungen im Beschlussvorschlag**
→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl vor, Behandlung unter 8.1.1**

TOP 8.3

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE sowie der CDU/FDP-Fraktion zu Ehrengräber auf kommunalen Friedhöfen in Halle

Vorlage: VI/2016/02597

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor, Behandlung unter TOP 8.3.1**

TOP 9.2

Antrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Aufwertung des Spielplatzangebotes in Halle-Süd

Vorlage: VI/2017/02693

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor, Behandlung unter TOP 9.2.1**

Herr Feigl informierte, dass er seinen Änderungsantrag

**8.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Umgang mit der Hochwasserschadensbeseitigung 2013 (VI/2016/02319)
Vorlage: VI/2017/02719**

zurückziehe.

Weitere Anmerkungen gab es nicht, sodass **Herr Lange** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 23.11.2016
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 14.12.2016
Vorlage: VI/2017/02733
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Teilnahme von zwei Stadträten an der 39. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 30. Mai bis 01. Juni 2017 in Nürnberg
Vorlage: VI/2016/02638
- 7.2. Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2015
Vorlage: VI/2016/02564
- 7.3. Bebauungsplan Nr. 164 "Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße" - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02376

- 7.4. Bebauungsplan Nr. 164 "Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße" -
Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02377
- 7.5. Bebauungsplan Nr. 173 - "Dienstleistungs- und Gewerbestandort Halle-Bruckdorf" -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/02429
- 7.6. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 180 "Große/Kleine Brauhausstraße" -
Aufstellungsbeschluss/Einstellung des Verfahrens zum B-Plan Nr. 63 „Wohn- und
Geschäftszentrum Leipziger Straße/Große - /Kleine Brauhausstraße“
Vorlage: VI/2016/02374
- 7.7. Beschluss über die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des
Verkehrsentwicklungsplans Halle 2025
Vorlage: VI/2016/02350
- 7.7.1. Änderungsantrag der CDU/ FDP Fraktion zum Beschluss über die Grundsätze der
Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans Halle
2025 - Vorlage-Nr.: VI/2016/02350
Vorlage: VI/2017/02712
- 7.7.2. Änderungsantrag der CDU/ FDP Fraktion zum Beschluss über die Grundsätze der
Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans Halle
2025 - Vorlage-Nr.: VI/2016/02350
Vorlage: VI/2017/02717
- 7.7.3. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Beschluss über
die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des
Verkehrsentwicklungsplanes Halle 2025
Vorlage: VI/2017/02713
- 7.7.4. Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl zum Beschluss über die Grundsätze der
Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans Halle
2025 (VI/2016/02350)
Vorlage: VI/2017/02714
- 7.8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 27
„Sonderbaufläche Nahversorgungszentrum (NVZ) Ammendorf“ - Beschluss zur
öffentlichen Auslegung des Entwurfs der Flächennutzungsplanänderung
Vorlage: VI/2016/02507
- 7.9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 32
„Sonderbaufläche Solarpark Trotha, Köthener Straße“ - Beschluss zur Durchführung des
Änderungsverfahrens -
Vorlage: VI/2016/02300
- 7.10. Erste Fortschreibung der Roten Liste bedrohter Baudenkmale
von herausragender kulturgeschichtlicher und städtebaulicher Bedeutung
Vorlage: VI/2016/02452
- 7.11. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sports in der Stadt
Halle (Saale) – (Sportförderrichtlinie)
Vorlage: VI/2016/02463

vertagt

- 7.12. Erste Fortschreibung zur Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schulform Berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2016/17 bis 2020/21 (Vorlage Nr. VI/2015/01129)
Vorlage: VI/2016/02523 *vertagt*
- 7.13. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2017/02741
8. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Umgang mit der Hochwasserschadensbeseitigung 2013
Vorlage: VI/2016/02319
- 8.1.1. Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Umgang mit der Hochwasserschadensbeseitigung 2013 (VI/2016/02319)
Vorlage: VI/2017/02719 *zurückgezogen*
- 8.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Gestaltung des Riveufers im Rahmen der Hochwasserschadensbeseitigung
Vorlage: VI/2016/02590
- 8.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE sowie der CDU/FDP-Fraktion zu Ehrengräber auf kommunalen Friedhöfen in Halle
Vorlage: VI/2016/02597
- 8.3.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE sowie der CDU/FDP-Fraktion zu Ehrengräber auf kommunalen Friedhöfen in Halle (Vorl.-Nr.: VI/2016/02597)
Vorlage: VI/2017/02724
- 8.4. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Sicherung des Einzelhandelsstandortes Hallescher Einkaufspark (HEP)
Vorlage: VI/2016/02594
- 8.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Realisierung weiterer Strandbereiche an der Saale
Vorlage: VI/2016/02412
- 8.6. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Anpassung der Richtlinie für die Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01401 *vertagt*
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Instandsetzung von Gemeindestraßen
Vorlage: VI/2017/02692
- 9.2. Antrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Aufwertung des Spielplatzangebotes in Halle-Süd
Vorlage: VI/2017/02693

- 9.2.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Aufwertung des Spielplatzangebotes in Halle-Süd
Vorlage: VI/2017/02722
- 9.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Besetzung eines sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: VI/2016/02628
- 9.4. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Besetzung von Ausschüssen
Vorlage: VI/2016/02669
- 9.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung einer öffentlichen Toilette im Bereich des Saalestrandes auf der Ziegelwiese
Vorlage: VI/2017/02701
- 9.6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kunstforum für Kunstausstellungen erhalten
Vorlage: VI/2017/02702
- 9.7. Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Umbesetzungen in beratenden Ausschüssen
Vorlage: VI/2017/02758
- 9.8. Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung im Aufsichtsrat der EVH GmbH
Vorlage: VI/2017/02759
- 9.9. Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
Vorlage: VI/2017/02760
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum HFC-Nachwuchszentrum
Vorlage: VI/2017/02706
- 10.2. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur Sanierung der Brücke zur Rabeninsel
Vorlage: VI/2017/02707
- 10.3. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Verbesserung des Wohn- und Lebensumfeldes in der Südstadt
Vorlage: VI/2016/02666
- 10.4. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu den Still- und Wickelplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2016/02592
- 10.5. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bereitschaft des Allgemeinen Sozialen Dienstes im Stadtteil Heide-Nord
Vorlage: VI/2017/02690

- 10.6. Anfrage der SPD-Fraktion zu Aufwertung des Areals hinter dem Volkspark (Kleine Gosenstraße)
Vorlage: VI/2017/02691
- 10.7. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Förderschule für Geistigbehinderte Astrid Lindgren
Vorlage: VI/2017/02694
- 10.8. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule Auenschule
Vorlage: VI/2017/02695
- 10.9. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Entwicklung der Schüler*innenzahlen bei den Gemeinschaftsschulen
Vorlage: VI/2017/02696
- 10.10. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Lärmaktionsplanung
Vorlage: VI/2017/02697
- 10.11. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Straßenbeleuchtungskonzept
Vorlage: VI/2017/02698
- 10.12. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen des Stadtbahnprogramms
Vorlage: VI/2017/02699
- 10.13. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Mietvertrag zwischen der Stadion Halle GmbH und dem HFC
Vorlage: VI/2017/02700
- 10.14. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Anbringung von Werbung am Marktplatz
Vorlage: VI/2016/02401
- 10.15. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Schulgärten
Vorlage: VI/2016/02492
- 10.16. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Fahrradabstellmöglichkeiten
Vorlage: VI/2017/02686
- 10.17. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Mehrwegbechern
Vorlage: VI/2017/02687
- 10.18. Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu Personen ohne festen Wohnsitz
Vorlage: VI/2016/02681
- 10.19. Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu Straftaten
Vorlage: VI/2016/02682
- 10.20. Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu Geflüchteten
Vorlage: VI/2016/02683

- 10.21. Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu Sozialleistungen
Vorlage: VI/2016/02685
11. Mitteilungen
- 11.1. Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) durch den Landesrechnungshof mit dem Schwerpunkt "Gewährleistung des Beteiligungsmanagement in wirtschaftlichen Unternehmen" - Bericht 15.08.2016
Vorlage: VI/2016/02609
- 11.2. Information zur Einziehung der Fußgängerunterführung Tunnel Südstadtring
Vorlage: VI/2016/02475
- 11.3. Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte
Vorlage: VI/2016/02563
- 11.4. Kommunales Bildungsmanagement
12. mündliche Anfragen von Stadträten
13. Anregungen
14. Anträge auf Akteneinsicht
- 14.1. Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) in die Unterlagen Friedhofsentwicklungsplanung (Gutachten) der Stadt Halle (Saale)

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 23.11.2016

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 23.11.2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 14.12.2016
Vorlage: VI/2017/02733

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

In der nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 14.12.2016 wurden folgende Beschlüsse gefasst:

**zu 5.1 Zusammensetzung des Beirats zur Bewerbung "Kulturhauptstadt Europas 2025" entsprechend Stadtratsbeschluss vom 28.09.2016 (VI/2016/02335)
Vorlage: VI/2016/02579**

Beschluss:

Der Stadtrat benennt die Mitglieder des Beirats „Chancen Kulturhauptstadt Europas 2025“ entsprechend beiliegender Anlage.

**zu 5.2 Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH Weiterer Anteilserwerb und Einlage in die EVH GmbH
Vorlage: VI/2016/02382**

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:
 - a) Dem Erwerb des Geschäftsanteils der VNG Verbundnetz Gas AG, Leipzig, an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH mit einem Nennbetrag von 150.000,00 EUR zu einem Kaufpreis von 4.772.700,00 EUR,
 - b) der Einlage sämtlicher Geschäftsanteile an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH mit einem Buchwert in Höhe von 8.495.511,27 EUR in die Kapitalrücklage der EVH GmbH (§ 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB, andere Zuzahlungen) und
 - c) der Vornahme sämtlicher zur Umsetzung der Beschlusspunkte a) und b) erforderlichen Beschlüsse und Erklärungen der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbHwird zugestimmt.
2. Der gesetzliche Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

**zu 5.3 Vergabebeschluss: FB 61-L-45/2016: Begleitforschung /
Fördermittelcontrolling im Programm Stadtumbau Ost in Sachsen-
Anhalt
Vorlage: VI/2016/02565**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, der Firma IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH aus Berlin mit einer Bruttosumme von 297.949,82 € den Zuschlag zur Begleitforschung / Fördermittelcontrolling im Programm Stadtumbau Ost Sachsen-Anhalt für den Leistungszeitraum vom 01.02.2017 bis 31.12.2020 zu erteilen.

**zu 5.5 Verkauf eines kommunalen Grundstücks
Vorlage: VI/2016/02484**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Verkauf des Grundstücks Jägerplatz 24 zu den aufgeführten Bedingungen.

**zu 5.7 Teilverzicht auf einen Anspruch der Stadt und Annahme des
Angebotes der Stadtwerke Halle GmbH zum Abschluss einer
Vereinbarung über einen Fördervertrag
Vorlage: VI/2016/02625**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 45 Abs. 2 Nr. 16 KVG LSA

1. die Annahme des Angebotes der Stadtwerke Halle GmbH zum Abschluss einer Vereinbarung über einen Fördervertrag laut Anlage und damit
2. einen Teilverzicht auf einen Anspruch im Zusammenhang mit dem Beschluss des Stadtrates vom 25.02.2009 (Vorlage-Nr.: IV/2009/07843) über den Betrag von 400.000,00 Euro hinaus.

**zu 5.8 Vergabebeschluss: FB 66-BZ-043/ 2016 - Stadt Halle (Saale) -
Rahmenzeitvertrag für die Instandsetzung von
Straßenentwässerungseinrichtungen
Vorlage: VI/2016/02505**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, für den Rahmenzeitvertrag Instandsetzung von Straßenentwässerungseinrichtungen, den Zuschlag an die Firma KTS GmbH mit Firmensitz in Landsberg zu einer Bruttosumme von 986.829,02 € sowie an die Firma HASTRA-Service GmbH mit Firmensitz in Halle (Saale) zu einer Bruttosumme von 1.080.744,08 € zu erteilen.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Auf Antrag der CDU/FDP- Stadtratsfraktion Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD- Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren Stadträte. Ich würde ganz gern mit dem Bericht zur SKV-Kita gGmbH beginnen.

Ich habe, mit vielen anderen auch, dem Geschäftsführer dringend geraten, das Insolvenzverfahren zu beenden. In mehreren formellen Gesprächen in privaten, oft auch über mehrere Stunden, leider ohne Erfolg. Den Lösungsvorschlag zu der Situation möchte ich Ihnen auch deutlich machen. Das Insolvenzverfahren sollte unverzüglich von der SKV beendet werden. Die SKV sollte unverzüglich Verhandlungen mit der Stadt aufnehmen.

Positiv überrascht war ich am heutigen Morgen, als ich gelesen habe, dass über die Medien nun der Bauverein Halle-Leuna, mit dem Vorstand Guido Schwarzendahl und Michael Schunke und dem Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Michael Schädlich, sich bereit erklärt hat, den SKV maßgeblich zu unterstützen. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass an die Stadt zum jetzigen Zeitpunkt noch niemand herangetreten ist.

Auf zwei Veranstaltungen haben wir die Erzieherinnen und die Eltern sehr ausführlich über die aktuelle Situation informiert. In vielen Gesprächen mit Eltern und Erziehern wurde deutlich, dass die kursierenden Informationen nicht vollständig oder schlichtweg falsch waren. Deshalb möchte ich an dieser Stelle nochmal deutlich machen, wie der ganze Vorgang begonnen hat und wie der einzelne Ablauf gewesen ist.

Wer hat was veranlasst:

Die Geschäftsführer der SKV Kita gGmbH haben das Insolvenzverfahren am 03.05.2016 selbst eingeleitet und die laufenden Verhandlungen mit der Stadt überraschend beendet. 560.000 € verfügbare Liquiditätsmittel waren zum Zeitpunkt des Insolvenzantrages am 30.04.2016 vorhanden. Die Stadt hat eine Forderung von 1,25 Mio. €.

Mehrfach wurde vor und während des Insolvenzverfahrens mit der Geschäftsführung gesprochen, um einen Vergleich zu erzielen. Der Geschäftsführer der SKV Kita lehnte dies stets ab.

Wenn der Kita, der SKV, keinen Insolvenzantrag gestellt hätte, hätte es heute die Demo nicht gegeben und die Personen wären heute nicht auf dem Marktplatz gewesen.

Die Stadt hat im November 2009 die SKV und alle anderen Träger schriftlich ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Investitionskosten und Abschreibungen keine Kosten zum Betrieb einer Kita sind. Angehängt war ein entsprechender Erlass des Ministeriums, des Sozialministeriums, vom 20.05.2009.

31 von 37 Trägern haben sich daran gehalten und haben keine Investitionskosten und Abschreibungen geltend gemacht. Aus diesen Gründen hätte ein ordnungsgemäß handelnder Geschäftsführer, zu mindestens ab 2009, den Erlass befolgen müssen. Zudem hätte er vorsorglich Rückstellungen bilden müssen. Dies hat er bewusst unterlassen. Der Vorgang wiederholte sich jedes Jahr.

Mittlerweile hat die SKV eine Forderung, hat die Stadt gegenüber der SKV eine Forderung in Höhe von 1,25 Mio. €. Und auch nach Abschluss des Verfahrens gegenüber der SKV werden sich weitere jährliche Forderungen ansammeln.

Im...Ja, das sind Zahlen, die fest stehen.

Im Insolvenzverfahren bieten nun plötzlich zwei oder weitere Investoren u.a. mit. Einmal die Jugendwerkstatt und die Volkssolidarität. Und das ist der Punkt, damit hat die SKV nicht gerechnet.

Was muss die Stadt nun tun?

Die Stadt wollte und will sich weiter vergleichen. Ich habe es bereits deutlich gemacht, das wurde bislang abgelehnt. Die Stadt hat den, mittlerweile vierten, Insolvenzplan zu prüfen. Er liegt heute Ihnen zur Beschlussfassung vor. Die Stadt ist verpflichtet, diese Angebote zu prüfen.

Ein Erlass des Landesverwaltungsamtes, die in diesem Vorgang mit eingeschaltet sind, vom 21.10.2016, ich hatte in den vergangenen Sitzungen daraus schon zitiert, speziell zu dem Insolvenzverfahren der SKV Kita gGmbH, führt dazu aus: Bei Entscheidungen der Stadt sollte maßgeblich auf die wirtschaftlichste Lösung des Weiterbetriebes der Einrichtung abgestellt werden. Die Rechtsgrundlage dazu § 98 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes. Hintergrund: Der Staat darf nichts verschenken. Dies muss von allen staatlichen und kommunalen Stellen beachtet werden, unabhängig davon, auf welcher Grundlage sie tätig sind.

Sie haben es eben in der Verpflichtung auch gehört, das gilt für die Stadträte, für den Oberbürgermeister, andernfalls besteht hier die Gefahr der Untreue.

Was haben die Bieter angeboten?

Beide Bieter haben nochmal ausdrücklich schriftlich bestätigt, die Betreuung der Kinder in allen Varianten, zu jedem Zeitpunkt im vollen Umfang zu sichern, die Kinderbetreuung nach

gleichen pädagogischen Konzept durchzuführen, Umfeld und Räumlichkeiten der Kinder bleiben erhalten und die Händelfestspiele der Kinder werden weitergeführt.

Alle Mitarbeiterinnen, Abweichung den Regelungen bei den Geschäftsführern, unter Wahrung des Besitzstandes nach §613 a BGB werden übernommen und es erfolgt keine tarifliche Absenkung bzw. eine unbefristete Fortführung der bestehenden Vergütungsregelungen.

Alle 14 Kindertageseinrichtungen, einschließlich das Familienzentrum Schöpfkelle, werden übernommen. Ein Eintritt in sämtliche Erbbaurechtsverträge erfolgt. Der Kaufpreis soll nicht später über die Stadt, insbesondere über LQE-Verhandlungen, refinanziert werden.

Auf der Grundlage der Mittelverwendungsrechnung der Investoren sind ausreichend liquide Mittel und Rücklagen zu Finanzierung des Kaufpreises vorhanden.

Das Verhalten der SKV im Insolvenzverfahren scheint bislang darauf gerichtet zu sein, das Vermögen in der Masse zunächst durch öffentliche Gelder zu mehren und nun wieder die Masse zu Lasten der öffentlichen Gläubiger zu schmälern. Also doppelt verwerflich sozusagen. Wenn man bedenkt, dass mittlerweile Verfahrenskosten von über 1,3 Mio. € angefallen sind.

Der Betriebsübergang der Mitarbeiterinnen:

96 Arbeitnehmer wollen den Betriebsübergang nicht herbeiführen. Hier ist dringend darauf zu achten, dass dieses nicht widersprochen bleiben darf. Und hier, wenn nach der Annahme der Arbeit beim Erwerber ohne ausreichend Grund die Mitarbeit verweigert wird, muss er sich das Einkommen anrechnen lassen, was er beim Erwerber zu gleichen Arbeitsbedingungen und in gleicher Höhe verdienen würde.

Ich möchte an dieser Stelle deutlich machen, dass die Mitarbeiterinnen mit einem Widerspruch, so wie es in den Medien auch zu lesen war, erhebliche finanzielle Nachteile erleiden.

Zum vorgelegten, mittlerweile vierten Insolvenzplan vom 13.01.2016.

Die Übertragung des Geschäftsbetriebes auf einen Investor wird bewusst falsch dargestellt. Mittlerweile sind vier Insolvenzpläne eingereicht. Die Vergleichsrechnung des modifizierten Insolvenzplanes vom 13.01. entspricht nicht den vorliegenden Angeboten. Im Insolvenzplan sind erhebliche Abweichungen in wesentlichen Positionen der Liquiditätsplanung vorhanden. Die Stadt ist der Überzeugung, dass die Fortsetzung der Eigenverwaltung zu erheblichen Nachteilen für die Gläubiger führt. Die durch den SKV in Abzug gebrachten Sonderkosten sind unverständlich. So wurden zum Beispiel Personalkosten abgesetzt, wenn 96 Mitarbeiterinnen dem Betriebsübergang tatsächlich widersprechen. Davon kann aber nicht wirklich ausgegangen werden.

Die Mitarbeiter der SKV Kita gGmbH haben im Insolvenzzeitraum Mai bis Juli 2016 Insolvenzausfallgeld von der Bundesagentur für Arbeit erhalten.

Die städtischen 911.000 € liegen auf einem Treuhandkonto und müssen von uns zurück gefordert werden. Fraglich ist bei diesem Vorgang, wer eigentlich im Insolvenzverfahren das Geld für die Mitarbeiter hätte als erstes zahlen müssen, wer muss zurückzahlen und fordern. Diese Fragen sind noch zu klären.

Die SKV Kita gGmbH hat im Jahr 2015 im Rahmen der Verwendungsnachweiseprüfung eine Überzahlung in Höhe von letztlich 192.000 € angezeigt, die sie dann in der Gläubigerversammlung wiederum vollumfänglich bestritten hat. Sogar bestandkräftige Forderungen für die Jahre 2012, 13 und 14 in Höhe von 155.000 € wurden mitbestritten und vor dem Verwaltungsgericht ohne Erfolgsaussichten angegriffen.

Im Einzelnen:

Die Rücknahme des Bestreitens und Anerkennung der bestandkräftigen Forderungen der Stadt, also die Bescheide für die Jahre 2012, 13 und 14 in Höhe von 154.000 €, wurden durch den Sachverwalter zurückgenommen. Die SKV bestreitet weiterhin auch die bestandkräftigen Forderungen und hat dann Klage eingelegt gegen die bestandkräftigen Forderungen vor dem Verwaltungsgericht unter Hinweis auf angeblich fehlerhafte Ermessensausübung.

Am 16.01.2017 erfolgte die Vorlage des Insolvenzplanes in der Fassung, die Ihnen heute vorliegt. Die Gläubigerversammlung beim Amtsgericht zur Abstimmung über den Insolvenzplan soll dann am 02.02. erfolgen. Es ist nur schwer vorstellbar, dass bei einer solchen erheblichen, bewusst herbeigeführten Schädigung der öffentlichen Hand, ein derartiger Insolvenzplan vom Amtsgericht bestätigt wird.

Meine Damen und Herren, zum Haushalt der Stadt vom 23.01.2017:

Von der Beanstandung wird abgesehen, die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes. Das heißt, wir haben einen bestätigten Haushalt. Die Genehmigung für den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahme für Investition und Investitionsförderungsmaßnahmen wird in der entsprechenden Höhe erteilt, auch der genehmigungspflichtige Anteil der Haushaltssatzung des Gesamtbetrages der Verpflichtungsermächtigungen. Und spannend ist, dann neben dem Höchstbetrag der Liquiditätskredite die Ziffer 5 des Tenors des Bescheides.

Dort heißt es wörtlich: Die Genehmigung zu Ziffer 4 ergeht unter der Auflage, dass durch den Oberbürgermeister eine haushaltswirtschaftliche Sperre zu verfügen ist, die sicherstellt, dass nur Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit getätigt werden, zu deren Leistungen die Stadt rechtlich und unaufschiebbar verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unabweisbar sind.

Die Haushaltssperre ist zumindestens bis zum Erreichen des Einsparbetrages von 2 Mio. € aufrecht zu erhalten. Eine derartige Auflage, im letzten Jahr als Bedingung, musste hier noch im Stadtrat als Bedingung dann auch beschlossen werden. Das ist an dieser Stelle hier nicht erforderlich. Wir brauchen keinen zusätzlichen Stadtratsbeschluss. Wir haben hier die Anweisung, die Anordnung an den OB, diesen Einsparbetrag zu erreichen. Dann wäre der Haushalt frei. Diesbezüglich beginnen wir mit Überlegungen, Herr Geier hat da auch Lösungen bereits erarbeitet.

Hinweisen möchte ich nochmal auf den Tag der offenen Tür.

Ich darf mich auch für alle Beteiligten noch mal bedanken. Im Hinblick darauf finden Sie die Vorschläge der Kinder, sie werden heute auf der Tagesordnung unter Mitteilungen behandelt. Dort werden wir diese Mitteilungen dann in das Protokoll hineinpfelegen, sodass sie dann hier dem Stadtrat auch zur Kenntnis gebracht sind.

Zur Ehrung Hans-Dietrich Genscher:

Die Stadt Halle wird dem großen Staatsmann, Botschafter und Ehrenbürger der Stadt ehrenvoll gedenken. Zum ersten Todestag am 31.03.2017 wird die Stadt eine Gedenkfeier ausrichten mit einer angemessenen Ehrung. Die Vorbereitungen dazu haben begonnen.

Zur Theater, Oper und Orchester GmbH:

Es soll ein neues Gesamtkonzept der Theater, Oper und Orchester GmbH erarbeitet werden, mit einer Staatskapelle von, als Zielorientierung, 115 Musikern. Sie wissen, dass der Vertrag bislang 99 Musiker vorsieht. Deshalb müssen wir überlegen, wie wir damit umgehen. Das Land hat dazu Verhandlungen zugesagt.

Zum Kunstmuseum Moritzburg:

Am 28.12.2016 war Herr Schellenberger als Staatssekretär hier in der Stadt Halle. Wir haben sehr ausführlich darüber gesprochen, wie der neue Vertrag aussehen könnte. Wir haben beide folgende Vereinbarungen getroffen: Die alte Vereinbarung ist nichtig, 5 Jahre wird fest der Betrag der Zuwendungen bestätigt, rückwirkend ab dem 01.01.2017.

Die Vorteile für das Land:

Wir haben eine Verständigung getroffen von 175.000 €, also weit über das hinaus, was wir momentan im Haushalt haben. Darin sind auch nonmonetäre Leistungen ausdrücklich nicht enthalten. Also zusätzlich darüber hinaus werden wir im Marketing, in der Öffentlichkeitsarbeit und bei weiteren Werbemaßnahmen tätig.

Die Vorteile der Stadt:

Die Stadt wird beteiligt an allen wichtigen Ereignissen. Also Eröffnung neuer Ausstellungen und die Stadt kann sich dort auch präsentieren. Die Stiftung stellt der Stadt, die Moritzburg kostenfrei an drei Tagen im Jahr die Moritzburg für nichtkommerzielle repräsentative Veranstaltungen zur Verfügung und die Moritzburg ist ebenfalls auch ein wichtiger Partner bei der Themenfindung zur europäischen Kulturhauptstadt.

Darüber sind wir momentan noch in der Verhandlung. Wir haben bislang dieses Angebot nochmals schriftlich an das Land auch geschickt. Das Land hat wiederum Korrekturen erbeten. Wir haben noch Zeit bis zum 15.03.2017, dort hat das Verwaltungsgericht die Mitfinanzierung der Moritzburg auf die Tagesordnung gesetzt, bei uns, wir gehen davon aus, dass es noch möglich ist, dass wir uns vorher auch verständigen. Diese Verständigung wird selbstverständlich in den Stadtrat eingebracht, über die Sie dann befinden können.

Zu den Scheiben in Halle:

Die Ziele für das Zentrum Halle-Neustadt ist einmal die Attraktivitätssteigerung für die Neustädter Passage. Die Stadt, das ist die Auffassung auch der Verwaltung, sollte vorangehen, ähnlich wie es im Riebeckplatz auch geschieht. Der Stadtrat, am 22. Februar, wird dazu einen Grundsatzbeschluss bekommen und eine Informationsvorlage zu den Verwaltungsstandorten und vor allen Dingen mit dem Grundsatzbeschluss mit der Fragestellung, errichtet die Stadt einen Verwaltungsstandort in einer Scheibe? Diese Frage ist vorrangig. Dafür gibt es die Informationsvorlage mit allen Untersuchungen, die möglich sind.

Die zentrale Aussage aus dieser Untersuchung, die momentan im Entwurf vorliegt, die momentan noch Korrektur gelesen wird, über einen Betrachtungszeitraum von 30 Jahren ergibt sich grundsätzlich eine wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit eines neuen Bürgerzentrums bis hin zu einer maximalen Netto-Kaltmiete in Höhe von 9,90 €/qm und Monat. Diese Feststellung bedeutet, dass es rein rechnerisch möglich ist, bei einer gerechneten Gesamtsumme von mittlerweile 32 Mio. € für die Sanierung einer Scheibe einen Verwaltungsstandort, dieses wirtschaftlich abzubilden.

Dann zur Wirtschaft, hier zum Star-Park:

Ich hatte Ihnen letzts berichtet über den Vertragsabschluss mit DHL. Hier der aktuelle Stand. Der Baubeginn ist, hat begonnen und Sie sehen hier die ersten Aushebungen.

Wie Sie wissen, hatten wir eine Zukunftswerkstatt im Südpark. Dort haben wir ausgewertet die erste Veranstaltung, die wir dort wahrgenommen haben. Wir haben von den Wohnungsgesellschaften sehr viele Ideen bekommen, die ich Ihnen hier ganz gerne noch einmal vorstellen möchte im Überblick.

Einmal geht es um die Verkehrsführung. Die Ausführungen der Wohnungsgesellschaften sind darauf gerichtet, den Südpark nicht als eine einseitige Straße, als Sackgasse auch möglicher Weise darzustellen, sondern hier Durchlässe zu schaffen. Darüber hinaus die Optimierung der Anbindung der ÖPNV-Situation. Auch hier geht es um die Verbesserung des Sicherheitsgefühls. Und natürlich auch eine Wegevernetzung in benachbarte Sport- und Erholungsgebiete, die man möglicher Weise über Brücken erschließen könnte.

All diese Dinge werden momentan im Planungsbereich geprüft. Wir haben gesagt, wir kommen im Herbst in den Südpark zurück. Dort werden wir planungsrechtlich überlegen, was wir dort anstellen können und wahrnehmen können und von daher denke ich, haben wir auch im Planungsbereich dort städtebaulich eine Aufgabe, ob so etwas möglich ist und ob man so was realisieren kann.

In der Mitte, im Mittelpunkt, soll ein Aktivboulevard stehen, der den Mittelpunkt des Südparks auch durchläuft, bessere Anbindung an kommunale Einrichtungen und er soll als Anziehungspunkt für Anwohner und Gäste dienen.

Im Hinblick auf die Metropolregion, die in den letzten Monaten sehr stark wieder auch Schlagzeilen gemacht hat im Hinblick auf die übergreifenden Bundesstützpunkte, in der Zusammenarbeit, wenn es um die Erschließung von Standorten geht, möchte ich Ihnen die neue Homepage vorstellen der Europäischen Metropolregion. Sie sehen an den einzelnen Symbolen, dass dort die Arbeitsgruppen sich dahinter verbergen. Sie finden dort alle Protokolle. Wir haben sämtliche Tätigkeiten, die wir dort wahrnehmen, besprechen wir im Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft, so dass wir dort diese Dinge auch diskutieren.

Ich möchte heute eigentlich nur den Hinweis und den Impuls nochmal geben, diese Homepage ist sehr informativ und zeigt eigentlich deutlich, wie wir in die Region hineinwirken. Also sämtliche Gebietskörperschaften auch mitnehmen und in den einzelnen Themen mit allen Gebietskörperschaften zusammenarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Ende Wortprotokoll

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD- Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange

So. Es besteht jetzt die Möglichkeit zur Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters. Im Namen der Fraktion DIE LINKE beantrage ich, oder möchte ich um diese Aussprache bitten und bitte Herrn Bartl zu übernehmen, da ich jetzt kurz etwas sagen möchte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren.

Herr Bartl

Moment. Ich will noch was vorher sagen. Wir haben jetzt pro Fraktion zwei Redebeiträge wären möglich a 3 Minuten. Soweit nochmal die Information und jetzt bitte ich einfach zur Aussprache und Wortmeldung. Der Vorsitzende hat sich gleich hingestellt, also dann bitte, Herr Lange, Sie haben das Wort.

Herr Lange

Entschuldigung. Ja, das ist selbstverständlich, Herr Vorsitzender. Sie leiten das Verfahren. Ich spreche hier auch als Fraktionär.

Meine Damen und Herren, das, was verwerflich ist, ist der Vorgang den wir hier gerade erlebt haben. Das Recht des Trägers auf Schutz wurde soeben durch den Oberbürgermeister mit Füßen getreten.

Das politische Handeln des Oberbürgermeisters ist derzeit einzig und allein darauf gerichtet SKV als Träger zu zerstören und die Geschäftsführung loszuwerden. Und wie wir jetzt erlebt haben, soll das Handeln des SKV und seiner Geschäftsführung als unmoralisch dargestellt werden. Dabei gab es eine Förderrichtlinie, die nicht angepasst wurde. Es gab Rückforderungen, die erst auf einen Schlag zurückgefordert wurden und nicht in einen normalen Prozess, den eigentlich die Stadt hätte begleiten müssen.

Es wurde hier gegen einen Träger vorgegangen, öffentlich, mit Informationen, mit Anwürfen gegen einen Träger, der sich hier nicht wehren kann. Was hier als Skandal dargestellt wird, ist erklärbar, das wissen Sie, Herr Oberbürgermeister. Und das vergiftete Angebot an die Geschäftsführung, dass Insolvenzverfahren zu beenden und dass die Stadt dann nur eine Summe verlangt, die weit unter dem liegt, was jetzt im Insolvenzplan steht, das zeigt die Verlogenheit dieses Prozesses.

Denn dann stünde der Träger direkt vor dem Aus. Das wissen Sie, weil er dann nämlich entsprechend von der Stadtverwaltung mit sämtlichen Forderungen konfrontiert ist und auch von den anderen Gläubigern. Diese Zuspitzung, Herr Oberbürgermeister, hat die Stadtverwaltung herbeigeführt. Diese Zuspitzung ist dadurch entstanden, dass Verhandlungsangebote, die Seitens des Trägers auch gekommen sind, erst gar nicht beachtet wurden, dann zu spät entsprechend gehandelt wurde seitens der Stadtverwaltung. Ich sage Ihnen hier offen: Ihr Vorgehen ist einzig und allein darauf gerichtet, dem Träger Imageschaden zuzufügen. Der Geschäftsführung Imageschaden zuzufügen und dafür Sorge zu tragen, das SKV so als Träger nicht weiter machen kann. Ich finde das verwerflich.

Herr Bartl

Herr Oberbürgermeister hat das Wort, bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich möchte nur darauf erwidern, das haben Sie auch in dem Vortrag gesehen, dass die Gesprächsangebote und Lösungsvorschläge nach wie vor stehen, wir jeder Zeit bereit sind, weiter auch in Verhandlungen einzutreten. Und das ist das einzige Ziel.

Herr Bartl

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Aussprache? Frau Dr. Brock, bitte.

Frau Dr. Brock

Ich würde vielleicht nicht ganz so scharfe Worte wie mein Kollege verwenden. Auch ich bin sehr irritiert wie hier Dinge in einen öffentlichen Teil präsentiert werden, die wir eigentlich im nicht öffentlichen zu verhandeln haben. Ich bin kein rechtskundiger Mensch um das im Einzelnen zu beurteilen, aber auch das andere Bieter hier mit Details bereits veröffentlicht werden, also ich sag mal, dass Fell wird verkauft, eher der Bär erlegt ist.

Das ist aus meiner Sicht eine unzumutbare Situation. Wir haben da draußen vorhin Menschen gehabt, die nicht hierhergekommen sind weil sie sich gern auf den kalten Marktplatz stellen, sondern die emotional seit Wochen und Monaten betroffen sind von diesen Verfahren. Wir haben keinen anderen Wunsch als dies jetzt so schnell wie möglich zu beruhigen, dass würde passieren, wenn der Insolvenzplan angenommen wird und demzufolge dann auch am 02.02. das Verfahren an der Stelle zur Ruhe kommt.

Und, vielleicht noch eine Bemerkung auch zu dem Bereich „Es geht alles so weiter wie bisher“, was sie seit Monaten hier wieder und wieder betonen. Erstens ist es natürlich nicht das Gleiche, wenn Eltern seit Monaten in einer Unsicherheit leben wie es weiter geht. Für die Kinder, die spüren das hoffentlich nicht, weil die Erzieherinnen entsprechend professionell arbeiten, aber die Angestellten die auch in einer Verunsicherung drin sind, die dann von ihnen noch eine Drohung kriegen, dass sie gefälligst in den neuen Arbeitgeber hinüber zu wechseln haben, weil sie sonst ihr Geld nicht kriegen.

Ich finde, das ist kein Umgang mit Menschen die um ihren Arbeitsplatz und vor allen auch um ihren Aufbau dieses Unternehmens bangen und das ist das gleiche pädagogische Konzept weitergeführt wird, zeigt nur, wie beliebig die Bewerber sind, weil nämlich pädagogische Konzepte mit dem Personal gemeinsam erarbeitet werden. Und es gibt auch

keine Garantie, dass die Kollegen alle unter einen wie auch immer gearteten Träger mit gleichem Arrangement weiter arbeiten. Insofern ist es einfach eine, ich sag jetzt nicht das Wort Lüge, sondern eine Illusion, eine Illusion das alles so weiter gehen würde wie bisher. Das zu dem Punkt.

So jetzt muss ich einmal Durchatmen, weil ich jetzt noch zu was anderen was sagen will, aber nur einmal sprechen kann und wir sind ja in einer Debatte. Es heißt, ich würde gerne noch was zum Haushalt sagen.

Wir haben ja einen genehmigten Haushalt, das ist wunderbar, dass wir mit dem arbeiten können. Was ich allerdings ein bisschen schwierig finde, ist, dass diese 2 Mio. jetzt sozusagen irgendwie aus dem Januar und Februar aus den freiwilligen Leistungen rausgeschöpft werden sollen, müssen. Das jetzt, ich weiß nicht wie das gehen soll, das jetzt die Leute erstmal bis irgendwie 2 Mio. eingesammelt sind, ihre Fördermittel nicht kriegen. Also das erschließt sich mir nicht, wie das funktionieren soll.

An kleinen Details ist uns schon zu Ohren gekommen, dass jetzt bestimmte Zusagen nicht eingehalten werden, was jetzt Gelder betrifft in kleinen Größenordnungen. Also ich kann mir noch nicht richtig vorstellen, wie das gehen soll, sondern würde gerne darum bitten, entweder das jetzt oder später darzustellen, wie trotzdem die Projekte, die wir im Haushalt beschlossen haben, auch so umgesetzt werden können, ohne dass man ihnen jetzt im Januar die Füße weghaut.

Herr Bartl

Gleich dazu Herr Oberbürgermeister, bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also zunächst mal Frau Brock zum Haushalt.

Dieses mit dem Hören-Sagen ist immer ein bisschen schwierig. Das habe ich, was Sie eben gesagt haben, habe ich hier eben am Mikro gar nicht gesagt.

Ich habe deutlich gemacht, dass wir genau wie im letzten Jahr, genau bei den freien Leistungen, bei den freien Trägern sehr sorgfältig prüfen, aber die Auszahlungen erfolgen. Wir haben das genau wie im letzten Jahr sehr sorgfältig auch taktiert, es müssen die Voraussetzungen, die die Kommunalaufsicht mit den notwendigen Leistungen und erforderlichen Leistungen, das muss geprüft werden, aber das läuft ganz normal zur Auszahlung.

Diese 2 Mio. € versuchen wir im Laufe der laufenden Verwaltungstätigkeit wieder hinein zu bekommen. Wir müssen das, genau wie wir das im letzten Jahr auch gemacht haben, sehr sorgfältig schätzen. Aber, das freie Träger, die kriegen mit dem Schlag und mit der Prüfung die internen, Verwaltungsintern läuft, alle ihre Mittel, die sie erforderlich benötigen, um ihre Leistung zu erbringen. Genau wie im letzten Jahr auch. Und das machen wir sehr sorgfältig, aber wir müssen natürlich intern einen Vermerk machen, der dem, was das Landesverwaltungsamt gesagt hat, auch Rechnung trägt. Und deshalb läuft alles genauso wie im letzten Jahr und diese Sorge, die Sie haben, ist nicht berechtigt.

Zu dem zweiten Teil nochmal, was Sie angedeutet haben.

Es wird auch, wenn wir diesen Insolvenzplan annehmen, der aus unserer Sicht momentan nicht akzeptabel ist. Wir werden, das waren ja hier keine Zahlen. Das was kommt, nachher im nicht öffentlichen Teil, das sind die richtigen Zahlen. Da können wir ganz genau nochmal drüber diskutieren. Aber nur so viel, wir können und wir sind verpflichtet, momentan diese Prüfung vorzunehmen. Und ich kann Ihnen das nicht empfehlen, weil momentan klare Verstöße gegen die Vorgaben des Landesverwaltungsamtes und gegen das Gesetz vorliegen. Und deshalb müssen wir Ihnen das auch so deutlich sagen. Wie gesagt, ich möchte es nochmal wiederholen: Jederzeit, auch in der letzten Woche, habe ich nochmal mit Herrn Dr. Meerheim ausführlich darüber diskutiert, wie man das am besten beheben kann. Dazu stehen wir alle, die gesamte Verwaltung, also nicht nur meine Person zu Verfügung und versuchen, wie Sie es auch gesagt haben, und wie Sie es ja auch wollen, eine unverzügliche Lösung herbeizuführen, damit das endlich ein Ende hat. Und das ist unser Ziel und da arbeiten wir momentan dran, allesamt. Man sieht es ja auch an den unterschiedlichen Angeboten, die ja heute in den Medien standen.

Herr Bartl

Als nächster Redner Herr Dr. Wend, bitte.

Herr Dr. Wend

Ich wollte was zu einem ganz anderen Thema sagen. Wenn da noch Herr Wolter, der hatte sich gemeldet, wenn er noch direkt was dazu sagen will, dann wäre das passender. Nicht? O.K.

Trotzdem sag ich noch zu dem bisher angesprochenen Thema ganz kurz etwas. Wenn der Träger und die Stadtverwaltung eine andere kommunikative Ebene gefunden hätten, dann hätten, auch wenn die formalen Fehler überwiegend beim Träger liegen, wären wir nicht in dieses Schlammassel reingekommen. Von daher trägt die Stadtverwaltung auch ein kleines Stück mit an dieser Last die wir jetzt haben.

Ich will auf was anderes zu sprechen kommen, und zwar auf den Tag der offenen Tür. Und will auch mal den Oberbürgermeister loben. Wir tun das ja selten, aber er hat ein gutes Thema gefunden. Wunderbar, das finde ich sehr gut die Familie in den Mittelpunkt zu stellen und ich finde auch sehr gut, hier mal, so sozusagen, so eine Stadtratssitzung zu simulieren, dass man das mal einüben kann, das man mal erlebt, wie Demokratie und die Debatte funktioniert.

Was ich nicht ganz verstanden habe, Herr Oberbürgermeister, ist, warum Sie, bei dieser Debatte standen die einzelnen Fraktionen dort und dieser Rollladen, der war runter. Wir waren also nicht mit drin in dieser Debatte. Für einen kurzen Moment habe ich mir gedacht, dass ist fast ein Sinnbild für das Dilemma, was wir haben, dass wir manchmal nicht miteinander reden, vor allem Sie manchmal es vermeiden, sich der politischen und inhaltlichen Debatte zu stellen.

Und ich habe eine Bitte. Öffnen Sie den Rollladen. Das war ein „uns in die Ecke stellen“ was nicht fair war und was nicht in Ordnung ist. Das Thema war gut, die Form geht anders und vielleicht können Sie ja für 2017 auch in Ihren Kopf diesen Rollladen da hochziehen und dann geht vielleicht manches besser. Danke.

Herr Bartl

Herr Oberbürgermeister, bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Wend. Die Anregung nehmen wir sehr gern an. Das tut mir leid. Das war so überhaupt nicht beabsichtigt und von daher ist es überhaupt kein Problem, das können wir beim nächsten Mal besser machen.

Zu dem Ansatz, dass wir nicht miteinander sprechen, das muss ich leider zurückweisen. Es sind sehr viele Stadträte bei mir, die mehrfach in der Woche kommen und Themen und Visionen und Vorstellungen diskutieren und von daher bin ich da mit sehr vielen im Gespräch, deshalb muss ich das zurückweisen.

Auch was Sie eingangs gesagt haben, im Hinblick auf den SKV, das ist auch so nicht in Ordnung. Die Verhandlungen sind gelaufen und aus den Verhandlungen heraus wurde plötzlich ein Insolvenzverfahren gezaubert, das ist nachweisbar und belegbar und deshalb muss ich auch diese Dinge zurückweisen.

Herr Bartl

Und Herr Rupsch hat das Wort, nein Herr Helmich.

Herr Helmich

Ja, ich finde es gut, dass Herr Dr. Wend schon mal auf den Tag der offenen Tür angespielt hat. Das ist nämlich auch Ziel meiner Frage gewesen. Erstmal eine Vorbemerkung. Ich finde es sehr spannend, wie man ein Kinderstadtrat nicht willentlich ohne Stadträte macht und das als Versehen zu bezeichnen, das finde ich sehr interessant.

Aber was ich noch viel interessanter finde ist, dass wir eine Institution in der Stadt haben mit dem Kinder- und Jugendrat, der seit 15 Jahren Partizipation und Beteiligung mit jungen Menschen in Halle gestaltet und das sehr erfolgreich gemacht hat. Und dann finde ich es noch verwunderlicher, wenn dieser Kinder- und Jugendrat weder bei der Planung noch bei der Umsetzung dieser Veranstaltung am Tag der offenen Tür beteiligt wurde und noch nicht mal eine Einladung bekommen hat. Das hat uns der Kinder- und Jugendrat auch bestätigt.

Ich finde es gut, wenn man der Öffentlichkeit erzeugt, aber ich finde es sehr schlecht, wenn dabei Institutionen in der Stadt unter den Tisch fallen, die jahrelang in genau dem Bereich aktiv waren und das finde ich persönlich sehr traurig.

Herr Bartl

Dazu möchte Frau Ernst etwas bemerken, bitte.

Frau Ernst

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass der Kinder- und Jugendrat bei den Planungen mit einbezogen wurde. Deswegen vielleicht können Sie mir noch im Nachgang noch sagen, von wem Sie die Information haben, das wir nochmal prüfen.

Herr Lange

Haben wir von den Leuten vom Kinder-und Jugendrat.

Frau Ernst

Dann kann ich Ihnen auch nochmal deutlich machen, dass wir in die Planung alle, das trifft auch auf die Kinderuniversität zu, dass wir verschiedene Partner, die sich mit dem Thema beschäftigt haben, natürlich auch angesprochen haben für die Planung.

Herr Bartl

Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Ja, Fake-News wird auch jetzt im Stadtrat ein Thema. Alternative Varianten.

Herr Oberbürgermeister, Dankeschön für den Bericht. Ich bin jetzt nicht irritiert, bin jetzt auch nicht so überrascht, weil wir kennen Sie, dass Sie dann versuchen ausführlich eine Situation zu beschreiben und sehr viele Informationen dort natürlich auch dargestellt haben, die schon den Eindruck erwecken, dass man im nicht öffentlichen Bereich gewechselt ist, auch wenn sie dort ganz akkurat die Zahlen, die konkreten, sozusagen, Angebot ja nicht benannt haben, haben Sie ein umfassendes Bild in die Öffentlichkeit gegeben, die den Eindruck erwecken, dass hier ein sachlicher Vorgang ist.

Wir wollen das alle, glaube ich, dass es ein sachlicher Vorgang ist. Es ist nur für mich persönlich bedauerlich, dass Sie das, was Sie jetzt eigentlich angekündigt haben in der Rede, nämlich hier vergleichsbereit zu sein, dass hier im Stadtrat niemals vorgelegt haben. Sie haben das, finde ich, auch das erste Mal öffentlich gesagt.

Ich kenne keine Sitzung, an der ich teilgenommen habe, zu dem Thema, dass Sie gesagt haben: Ich bin bereit, zu diesen Bedingungen Ihnen als Stadtrat die Möglichkeit zu geben über einen Vergleich zu entscheiden. Das wäre der sachlich und korrekte Vorgang, weil nicht Sie sind in der Lage einen Vergleich zu schließen in diesen Verfahren, sondern nur wir hier als Stadtrat.

Also insofern, wenn ich jetzt in den nicht öffentlichen Teil gucke und allgemein sage, dort haben Sie eine Vorlage mit erarbeitet, die damit auch nichts zu tun hat, Sie beschreiben jetzt den Bezug zum Insolvenzplan, zum Vierten der vorliegt. Der natürlich in den letzten Stunden, Tagen eine Aktualisierung erfahren hat, das ist ein normaler Prozess, das ist, glaube ich, auch nichts Verwerfliches.

Also, mich würde interessieren, das Sie vielleicht auf diesem Weg, was sie jetzt der Öffentlichkeit und uns jetzt nochmal dargestellt haben, vielleicht noch einen Schritt weiter gehen und ein konkretes Angebot uns berichten, was dort, was Sie mit der Geschäftsführung besprechen. Weil, ich kenne das nicht. Also ich kenne kein Angebot, was Sie irgendwie vorläufig geäußert haben und gesagt haben, unter den Bedingungen könnte ich mir eine ja Vergleichsregelung mit der Stadt zu unseren Forderungen vorstellen.

Das würde mich interessieren. Wenn Sie das nachher im nicht öffentlichen Teil tun, finde ich das sachlich absolut korrekt.

Zum Thema Moritzburg habe ich nur die Frage: Sie hatten einerseits berichtet, dass Sie, was uns glaube alle freut, dass Sie da ein gutes Verhältnis und eine gute Klärung gefunden haben mit Dr. Schellenberger. Sie berichten einerseits von der Nichtigkeit der bisherigen Vertragsvereinbarungen und dann haben Sie den Bezug genommen auf einen Termin im Verwaltungsgericht am 15.03. .

Mir ist es vielleicht nicht ganz, habe es vielleicht nicht ganz verfolgen können. Können Sie nochmal kurz erläutern, welche Bezugnahme zwischen Nichtigkeit, weil das kann ja nur auf die alten Verträge der Termin beim Verwaltungsgericht bezogen sein.

Und das Dritte zu dem Thema Haushalt, was Frau Brock auch ansprach. Sie hatten ausgeführt, dass Herr Geier dort schon in Vorbereitung ist, wie dort die Verfahrensweise zu den 2 Mio. passieren soll. Ist das, was Sie jetzt schon geäußert haben, oder gibt es darüber hinaus schon konkrete Dinge, wo Sie sagen, da ist es so und so ist es umsetzbar oder ist das die Antwort.

Herr Bartl

Herr Wolter!

Herr Wolter

Ich bin fertig.

Herr Bartl

Gut. Herr Oberbürgermeister das Wort.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Vielleicht zum Haushalt. So wie ich es dargestellt habe, im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung, so wird es auch umgesetzt. Herr Geier ist ja auch gehalten, entsprechend ein Erlass in die Verwaltung zu geben und da ist er in der Vorbereitung.

Zur Moritzburg:

Die Gespräche sind momentan so geführt, dass wir uns hier verständigt haben, dass man es so macht, wie ich es Ihnen vorgestellt habe. Es fehlt noch die Bestätigung. Es gibt noch kleine Änderungswünsche von Seite des Landes. Da sind wir momentan in der Diskussion. Wir haben zwischenzeitlich dann die, den Termin der mündlichen Verhandlung bekommen zu dem Thema und das müsste man dann sehen.

Ich hoffe, dass das vorher abgeschlossen ist. Das Thema der Nichtigkeit bedeutet Unwirksamkeit der Verträge, weil sie in sich ja so ein bisschen widersprüchlich sind in der Auslegung und welche Vorteile das hätte, würde ich Ihnen im nicht öffentlichen Teil auch nochmal sagen. Und so, dass man dann darüber auch nochmal diskutieren kann. Und ich würde dazu im nicht öffentlichen Teil auch noch mal Stellung beziehen.

Herr Bartl

Herr Scholtyssek hat das Wort, bitte.

Herr Scholtyssek

Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrten Damen und Herren. Meine Frage zielt auch auf das Thema Haushalt ab. Die Haushaltssperre, die 2 Mio. die einzusparen sind. Sie hatten jetzt schon mehrfach erwähnt, dass Herr Geier damit beauftragt ist, ein Konzept zu erarbeiten. Mich interessiert jetzt, wann wird uns das Konzept vorgestellt? Passiert das schon im nächsten Finanzausschuss oder wann können wir weitere Informationen dazu bekommen?

Die zweite Frage. Die Mitteilung vom Landesverwaltungsamt haben Sie ja als Stadt bereits am Montag erhalten oder noch früher. Sie waren dann auch ganz schnell in der Lage eine Pressemitteilung zu verfassen, wir als Fraktion haben das Schreiben des Landesverwaltungsamtes leider bis heute immer noch nicht. Deswegen die Frage, warum dauert das so lange, dass die Stadtverwaltung uns dieses Schreiben übermittelt.

Und als Drittes noch dieses heiß diskutierte Thema hier. Egal wie man zur SKV steht, egal welche Position man zu Insolvenzplan vertritt oder auch nicht vertritt, dass was Sie hier heute öffentlich gemacht haben, gehört sich so einfach nicht.

Herr Bartl

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe nicht von einem Konzept gesprochen, sondern ich habe von der Anwendung der Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung gesprochen, die Sie hier auch wiederfinden. Und diesbezüglich sieht der Erlass genau das vor, was der Gesetzgeber dann auch vorsieht. Also von daher weicht das nicht ab von den Kriterien der vorläufigen Haushaltsführung und genau das hat das Landesverwaltungsamt in den Erlass reingeschrieben.

Die Mitteilung, wir hatten uns so verständigt, dass heute die Mitteilung mit herauskommt und Herr Geier hat gesagt, dass es eingestellt wird und Sie das Ganze dann auch zur Verfügung gestellt bekommen.

Herr Schotyssek

Da muss ich nochmal nachfragen.

Herr Bartl

Bitte.

Herr Scholtyssek

Wer hat sich so verständigt? Wir wollten das Schreiben schon am Montag haben. Dann hieß es, wir bekommen es erst heute nach Ihren Bericht. Warum?

Herr Bartl

Gibt es eine Antwort?

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Können wir nichts weiter zu sagen. Also Sie kriegen es unverzüglich.

Herr Bartl

Keine weiteren Wortmeldungen? So schließe ich den Tagesordnungspunkt 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters und tausche die Plätze.

Ende Wortprotokoll

zu 7 Beschlussvorlagen

**zu 7.1 Teilnahme von zwei Stadträten an der 39. ordentlichen Hauptversammlung
des Deutschen Städtetages vom 30. Mai bis 01. Juni 2017 in Nürnberg
Vorlage: VI/2016/02638**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, dass Frau Nagel und Herr Sprung die Stadt Halle (Saale) als stimmberechtigte Mitglieder bei der 39. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Nürnberg vertreten.
2. Der Stadtrat beschließt, dass diesen beiden Stadträten nach § 7 der Satzung über die Entscheidung ehrenamtlich tätiger Bürger die anfallenden Kosten von der Stadt Halle (Saale) gewährt werden.
3. Sollte ein Verhinderungsfall eintreten, entscheidet der Vorsitzende des Stadtrates auf Vorschlag der jeweiligen Fraktion über die Vertretung.

**zu 7.2 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2015
Vorlage: VI/2016/02564**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einzelpunkt abstimmung

Pkt. 1	einstimmig zugestimmt
Pkt. 2	einstimmig zugestimmt

Für den Beschlusspunkt 2 befand sich im Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA:

Dr. Bernd Wiegand

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA den geprüften Jahresabschluss 2015 mit einer Bilanzsumme von 1.842.390.507,90 EUR. Der Jahresüberschuss in Höhe von 2.647.885,65 EUR wird gemäß § 23 GemHVO Doppik auf neue Rechnung vorgetragen. Aus der Sonderrücklage werden 2.261.032,41 EUR in die Ergebnisrücklage übernommen.
2. Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2015 die Entlastung.

**zu 7.3 Bebauungsplan Nr. 164 "Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße" -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02376**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 164 „Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 7.4 Bebauungsplan Nr. 164 "Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße" -
Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02377**

Auf Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange

7.4 das ist der Bebauungsplan 164, den wir eben schon hatten. In diesem Fall der Satzungsbeschluss. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Herr Häder? Bitte.

Herr Häder

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, wir hätten noch eine Nachfrage, ob es nicht eventuell sinnvoll ist, die Größe die es im textlich irgendwo mal erwähnt, ich glaube mit 600 Plätzen, aber ansonsten im Bauplan, B-Plan nach unseren Verständnis nicht verbindlich festgelegt, nicht doch festzuschreiben. Oder ist es bewusst so gewählt, dass es dann auch noch eine deutliche Erweiterung über diese 600 Plätze hinaus geben kann.

Herr Stäglin

Die Untersuchungen wurden sozusagen für einen großen Fall gemacht, um zu sehen, ist das was vor Ort dann ein Szenario wäre zu Händeln. Ansonsten die Festsetzung, eigentlich mit der Institution, sprich dem Land, die hier die Zielsetzung verfolgt, abgestimmt, so dass da nicht der Bedarf ist, darüber hinausgehende Festsetzungen zu treffen.

Herr Lange

Gut. Gibt es. Sie haben es nicht verstanden? Dann muss Herr Stäglin das nochmal erklären. Oder war es akustisch nicht zu verstehen? Akustisch.

Zwischenrufe

Herr Lange

Na was jetzt. Ok. Herr Stäglin mit anderen Worten und lauter.

Herr Stäglin

Also, wir hatten es ja auch im Ausschuss behandelt. Wir haben der Untersuchung durch, oder die Quanten für die Untersuchung wurden gemacht, um zu gucken was theoretisch möglich wär. Ansonsten die Festsetzung entsprechend dem, was Zielsetzung des Landes auch hier ist, was realisiert werden soll und das halten wir auch für Sinnvoll in die Festsetzung zu bringen.

Herr Lange

O.K.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen.

Ende Wortprotokoll

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

3. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 164 „Justizvollzugsanstalt Halle, Dessauer Straße“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 09.09.2016 als Satzung.
4. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 09.09.2016 wird gebilligt.

**zu 7.5 Bebauungsplan Nr. 173 - "Dienstleistungs- und Gewerbestandort Halle-Bruckdorf" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/02429**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Geltungsbereiches des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 173 „Dienstleistungszentrum- und Gewerbestandort Halle-Bruckdorf“ (Aufstellungsbeschluss vom 30.09.2015, Beschluss-Nr. VI/2015/01026). Aus dem Geltungsbereich werden die Teilflächen des Flurstückes 687 der Flur 2, Gemarkung Kanena und des Flurstückes 27/ 1 der Flur 1, Gemarkung Bruckdorf herausgenommen. Weiterhin wird der Geltungsbereich um die ca. 470 m² große Teilfläche des Flurstückes 79/ 26 in der Flur 2 der Gemarkung Kanena vergrößert und umfasst künftig eine Fläche von 2,27 ha. Die Planungsziele gemäß dem Aufstellungsbeschluss vom 30.09.2015, Beschluss-Nr. VI/2015/01026 bleiben bestehen.
2. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 173 „Dienstleistungszentrum- und Gewerbestandort Halle-Bruckdorf“ in der Fassung vom 25.10.2016 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 173 „Dienstleistungszentrum- und Gewerbestandort Halle-Bruckdorf“ in der Fassung vom 25.10.2016 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 7.6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 180 "Große/Kleine Brauhausstraße" -Aufstellungsbeschluss/Einstellung des Verfahrens zum B-Plan Nr. 63 „Wohn- und Geschäftszentrum Leipziger Straße/Große - /Kleine Brauhausstraße“
Vorlage: VI/2016/02374**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 180 „Große/Kleine Brauhausstraße“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen mit einer Größe von etwa 0,6 ha.

3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannten Planungsziele.
4. Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.
5. Mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes N. 180 „Große/Kleine Brauhausstraße“ wird das Verfahren zum B-Plan Nr. 63 „Wohn- und Geschäftszentrum Leipziger Straße / Große - / Kleine Brauhausstraße“ eingestellt. Die im Rahmen dieses Verfahrens bereits gefassten Beschlüsse werden aufgehoben.

**zu 7.7 Beschluss über die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans Halle 2025
Vorlage: VI/2016/02350**

**zu 7.7.1 Änderungsantrag der CDU/ FDP Fraktion zum Beschluss über die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans Halle 2025 - Vorlage-Nr.: VI/2016/02350
Vorlage: VI/2017/02712**

**zu 7.7.2 Änderungsantrag der CDU/ FDP Fraktion zum Beschluss über die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans Halle 2025 - Vorlage-Nr.: VI/2016/02350
Vorlage: VI/2017/02717**

**zu 7.7.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Beschluss über die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes Halle 2025
Vorlage: VI/2017/02713**

**zu 7.7.4 Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl zum Beschluss über die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans Halle 2025 (VI/2016/02350)
Vorlage: VI/2017/02714**

Herr Feigl führte in seinen Änderungsantrag ein. Mit diesem Änderungsantrag soll erreicht werden, dass zusätzliche Saaleübergänge, nach positiver Prüfung, nicht automatisch in den Flächennutzungsplan aufgenommen, sondern im Stadtrat diskutiert werden.

Weiterhin ging Herr Feigl auf den Änderungsantrag der CDU/ FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale) hinsichtlich des südlichen Saaleüberganges ein. Er sagte, dass darüber bereits vor Jahren diskutiert und festgestellt wurde, dass dieser keine wirkliche Entlastung bringt. Außerdem ist eine technische Umsetzung im südlichen Bereich sehr schwierig.

Herr Scholtyssek führte in die Änderungsanträge seiner Fraktion ein. Er warb dafür, die südliche Variante nicht gänzlich zu verwerfen, sondern nochmals zu prüfen und somit eine mögliche Trassenführung im Flächennutzungsplan zu sichern.

Weiterhin sagte er, dass mit dem zweiten Änderungsantrag die Variantenvielfalt gesichert werden soll. Oftmals ist die normgerechte Umsetzung von Fuß- und Radwegen oder Grünstreifen auf Grund der engen Bebauung nicht realisierbar. Mit Beschluss der Vorlage würden die Verwaltung dem Stadtrat nur vorselektierte Varianten vorgeschlagen. Er warb um Zustimmung zu den Änderungsanträgen.

Herr Schied führte in den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) ein. Er sagte, dass mit dem Antrag die Streichung des mittleren Saaleübergangs erreicht werden soll. Hinsichtlich der Tatsache, dass es die Hochstraße gibt, wäre dieser Übergang völlig unnötig. Außerdem würde der Saaleübergang durch ein geschütztes FFH Gebiet führen.

Herr Eigendorf sagte, dass es unumstritten ist, dass ein weiterer Saaleübergang benötigt wird. Die SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) ist der Auffassung, dass eine Prüfung der drei vorgeschlagenen Varianten Richtung und wichtig ist. Aus diesem Grund werde die SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) dem Änderungsantrag der CDU/ FDP Fraktion zustimmen.

Hinsichtlich des zweiten Änderungsantrages der CDU/FDP Fraktion sagte er, dass die SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) sich einig ist, dass die Formulierung der Verwaltung hinreichend Spielraum lässt.

Herr Feigl beantragte EinzelpunktAbstimmung der Beschlussvorlage.

Weitere Redebeiträge gab es nicht. **Herr Lange** ließ zunächst die Änderungsanträge abstimmen.

**zu 7.7.1 Änderungsantrag der CDU/ FDP Fraktion zum Beschluss über die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans Halle 2025 - Vorlage-Nr.: VI/2016/02350
Vorlage: VI/2017/02712**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Im Beschlusspunkt 2 wird der Südliche Saaleübergang als Trasse aufgenommen.

**zu 7.7.2 Änderungsantrag der CDU/ FDP Fraktion zum Beschluss über die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans Halle 2025 - Vorlage-Nr.: VI/2016/02350
Vorlage: VI/2017/02717**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage (Ausführliche Darstellung) wird wie folgt geändert:

1.2.3. Fachziele zum Hauptstraßennetz

e) Straßenraumgestaltung

Im angebauten Hauptnetz, vor allem in bewohnten Bereichen, soll **nach Möglichkeit** auf städtebauliche Qualität geachtet werden.

**zu 7.7.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Beschluss über die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes Halle 2025
Vorlage: VI/2017/02713**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Unter 2. wird gestrichen:

- mittlerer Saaleübergang zwischen der Straße An der Feuerwache und dem Böllberger Weg südlich der Rennbahn

**zu 7.7.4 Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl zum Beschluss über die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans Halle 2025 (VI/2016/02350)
Vorlage: VI/2017/02714**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
20 Ja-Stimmen
23 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusspunkt 2 erhält folgende Fassung:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in das kategorisierte Hauptstraßennetz in seiner Weiterentwicklung zum Netz 2025 folgende Freihaltetrassen für Saaleübergänge zu prüfen und im Ergebnis der Prüfung diese, bei positiven Ergebnis, ~~in den Flächennutzungsplan zu integrieren:~~ **dem Stadtrat zur weiteren Behandlung vorzustellen:**

- nördlicher Saaleübergang zwischen Nordstraße und L50 in Höhe des Hafens Trotha,
- mittlerer Saaleübergang zwischen der Straße An der Feuerwache und dem Böllberger Weg südlich der Rennbahn.“

Herr Lange ließ die geänderte Beschlussvorlage in Einzelpunktabstimmung abstimmen.

**zu 7.7 Beschluss über die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans Halle 2025
Vorlage: VI/2016/02350**

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

Pkt. 1	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 3	einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt dem Entwurf der Kategorisierung des Hauptstraßennetzes auf der Basis der 2014/15 durchgeführten Netzanalyse nach den Richtlinien für integrierte Netzgestaltung (RIN 08) zu.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für das kategorisierte Hauptstraßennetz in seiner Weiterentwicklung zum Netz 2025 folgende Freihaltetrassen für Saaleübergänge zu prüfen und im Ergebnis der Prüfung diese, bei positiven Ergebnis, in den Flächennutzungsplan zu integrieren:
 - nördlicher Saaleübergang zwischen Nordstraße und L50 in Höhe des Hafens Trotha,
 - mittlerer Saaleübergang zwischen der Straße An der Feuerwache und dem Böllberger Weg südlich der Rennbahn
 - südlicher Saaleübergang
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Vorbereitung der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans fachspezifische Aussagen über die Möglichkeiten zum Verbleib folgender Ortsumgehungsstrassen in der Bauleitplanung zu treffen und den Stadtrat darüber zu informieren:
 - Ortsumgehung Bruckdorf,
 - Ortsumgehung Reideburg,
 - Ortsumgehung Radewell und Ammendorf,
 - Ortsumgehung Trotha („Zootrasse“),
 - Ortsumgehung Lettin/Dölau,
 - Nordosttangente Verbindung zwischen B100 und L50

**zu 7.8 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 27
„Sonderbaufläche Nahversorgungszentrum (NVZ) Ammendorf“ - Beschluss
zur öffentlichen Auslegung des Entwurfs der
Flächennutzungsplanänderung
Vorlage: VI/2016/02507**

Herr Feigl sagte, dass sich gerade im Bereich Einzelhandel in den letzten Monaten viel getan hat. Er sagte, dass oftmals ein Konflikt mit dem Einzelhandelskonzept besteht. Dies sollte man sehr ernst betrachten. Er sehe sich deshalb nicht in der Lage, dieser Vorlage zuzustimmen. Er schlug vor, die Vorlage nicht zu beschließen, sondern die Verwaltung zu beauftragen, ein Gesamtbild über die zukünftige Entwicklung des Einzelhandels in der Stadt Halle (Saale) dem Stadtrat vorzulegen.

Herr Häder stimmte der Aussage zum Einzelhandelskonzept zu. Weiterhin sagte er, dass die Stellungnahme der IHK zum Nachdenken bewegen sollte. Die vorgesehenen Flächen waren bisher dem produzierenden Gewerbe vorbehalten.

Er meinte, wenn Gewerbeflächen für den Einzelhandel benötigt werden, diese nicht aus vorhandenem „Brown Fields“ gewonnen werden sollten.

Herr Stäglin erinnerte, dass die Verwaltung bereits mitgeteilt hatte, dass über das Einzelhandels- und Zentrenkonzept und dessen Fortschreibung diskutiert werden müsste. Eine entsprechende Beschlussvorlage befindet sich in der Erarbeitung.

Er sagte, dass Untersuchungen für ein Nahversorgungszentrum in Ammendorf durchgeführt wurden und im Ergebnis der vorgeschlagene Standort am geeignetsten ist. Man habe deshalb das Einzelhandels- und Zentrenkonzept mit allen notwendigen Verfahren daraufhin geändert.

Herr Stäglin bat um Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Weitere Redebeiträge gab es nicht. **Herr Lange** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplans, lfd. Nr. 27 „Sonderbaufläche Nahversorgungszentrum (NVZ) Ammendorf“ in der Fassung vom 27.10.2016 einschließlich der Begründung mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des Änderungsplanes des Flächennutzungsplans lfd. Nr. 27 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht sind öffentlich auszulegen.

**zu 7.9 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 32
„Sonderbaufläche Solarpark Trotha, Köthener Straße“ - Beschluss zur
Durchführung des Änderungsverfahrens -
Vorlage: VI/2016/02300**

Herr Aldag sagte, dass er es gut findet, dass sich die EVH in dem Bereich mit erneuerbaren Energien engagiert. Er gab jedoch zu bedenken, dass dieses Gebiet eine sehr hohe klimatische und lufthygienische Ausgleichsfunktion besitzt. Er fragte, ob es bereits eine Beschlussvorlage zur Auslegung des B-Plans gibt.

Weiterhin bat er darum, das Projekt mit Sorgfalt zu betrachten. Herr Aldag erinnerte daran, dass es im Stadtteil Trotha eine sehr engagierte Bürgerinitiative gibt, welche sich das Vorhaben genau ansehen wird. Weiterhin gebe es verschiedene Überlegungen, zum Beispiel ein neues Gewerbegebiet oder ein Saaleübergang. Dadurch würden weitere Versiegelungen erfolgen.

Er warb dafür, dass das Vorhaben nicht im Schnellverfahren durchgeführt werden sollte.

Weitere Redebeiträge gab es nicht. **Herr Lange** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan, lfd. Nr. 32 „Sonderbaufläche Solarpark Trotha, Köthener Straße“.
2. Die Abgrenzung des Geltungsbereiches der Änderung ist der Anlage der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung zu diesem Beschluss zu entnehmen.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 7.10 Erste Fortschreibung der Roten Liste bedrohter Baudenkmale
von herausragender kulturgeschichtlicher und städtebaulicher Bedeutung
Vorlage: VI/2016/02452**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die erste Fortschreibung der Roten Liste bedrohter Baudenkmale von herausragender kulturgeschichtlicher und städtebaulicher Bedeutung.

zu 7.13 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2017/02741

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme von nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen

1.

Änderung des Beschlusspunktes 2 der Stadtratsvorlage VI/2016/02364 vom 28.09.2016 bezüglich der Vereinbarung der Geldspende zwischen Herrn Carsten Schmidt, 57635 Fiersbach und der Stadt Halle (Saale) zur Modernisierung und Instandsetzung des Objektes Große Märkerstraße 5 durch die Erklärung des neuen Spenders Herrn Daniel Selig, Rigaer Str. 5, 10247 Berlin in die bestehende Spendenvereinbarung einzutreten (PSP-Element 1.51108.03 – Fördermittelprogramm Denkmalschutz)

2.

Geldspende vom Verein Sportparadies e. V. Halle i. G. für den Ausbau und die Ausstattung einer Dreifelder-Mehrzweckhalle im Sportparadies, Böllberger Weg in Höhe von 212.499,00 Euro.
(PSP-Element 1.51108.06 – Fördermittelprogramm Stadtumbau)

3.

Sachspenden für BbS V, Klosterstraße 9 aus Mitteln der AZAV(Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung) in Höhe von 1.328,04 Euro für 4 Notebooks und aus Mitteln des ESF(Europäischer Sozialfonds) in Höhe von 3.569,86 Euro für 4 Monitore 55“
(PSP-Element 1.23101.05 – Berufsbildende Schulen V, Außenstelle Klosterstraße 9)

zu 8 Wiedervorlage

**zu 8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Umgang mit der Hochwasserschadensbeseitigung 2013
Vorlage: VI/2016/02319**

Herr Schied informierte, dass der Antrag zur Hochwasserschadensbeseitigung eine Liste mit Projekten beinhaltet. Diese soll zur gemeinsamen Absprache über Zweckmäßigkeit verschiedener Maßnahmen dienen. Er bat um Zustimmung des eingebrachten Antrages.

Herr Stäglin teilte mit, dass die Verwaltung die Anlage zum aktuellen Stand der einzelnen Projekte überprüft hat. Er betonte, dass die Hochwassermaßnahmen dazu dienen einen alten Zustand wieder herzustellen. Weiterhin berichtete über den aktuellen Arbeitsstand der vorliegenden Maßnahmen.

Frau Dr. Marquardt ergänzte den aktuellen Arbeitsstand hinsichtlich einiger Hochbaumaßnahmen.

Herr Feigl sagte, dass man unter der Berücksichtigung der aktuellen Technik im Vorfeld über bevorstehende Veränderungen einzelner Baumaßnahmen sprechen sollte.

Herr Stäglin wies darauf hin, dass sich die Verwaltung in der Planung befindet. Der Baubeschluss ist aus diesem Grund noch nicht abgeschlossen. Im Planungsausschuss können Maßnahmen, die Abweichungen hervorheben, mitgeteilt werden.

Herr Lange fragte, ob die alten kleinen Häuser, die an der Seite stehen und ebenfalls vom Hochwasser betroffen waren, mit weggerissen werden oder nur der Festplatz wieder hergestellt wird.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass der L-Bau schon abgerissen wurde.

Herr Lange fragte nach, ob dies auch für die Gebäude neben der Treppe zur Saaleschleife gilt.

Frau Dr. Marquardt erklärte, dass diese weggerissen werden.

Herr Schied sagte, dass einige Maßnahmen durchgeführt wurden, die nicht nur einer reinen Wiederherstellung dienten. Manchmal gibt es auch Ideen, welche sich lohnen umzusetzen. Der Rat sollte dabei mitreden dürfen.

Herr Häder erklärte, dass der Eindruck entstanden ist, dass die Verwaltung sich mit Händen und Füßen dagegen wehrt, den Rat bei Planungsprozessen von Baumaßnahmen frühzeitig zu beteiligen. Es ist viel besser, wenn sich die Stadträte frühzeitig eingebunden fühlen und dann beim eigentlichen Baubeschluss wesentlich weniger nachfragen oder Kritik üben. Herr Häder versteht die Verweigerungshaltung nicht und bat um frühzeitige Beteiligung bei den Ideen und Vorhaben der Stadtverwaltung.

Herr Krause sagte, dass Herr Stäglin die Liste der Maßnahmen explizit durchgegangen ist und aufgezeigt hat, wie wenig Gestaltungsspielraum überhaupt existiert.

Herr Stäglin sagte, dass es hier nicht darum geht, sich mit Händen und Füßen gegen etwas zu wehren. Es muss berücksichtigt werden, dass die Maßnahmen auf einer gewissen Grundlage, der Wiederherstellung beantragt worden. Er sagte, dass er keinen

Stadtratsantrag kennt, der sagt, dass die Wiederherstellung einer Anlage durch zu Finanzierung kommunaler Mittel zur Umsetzung weiterer Ideen genutzt werden soll. Herr Stäglin ist gespannt auf die Reaktion und die Rückmeldung, die dann hoffentlich aus dem Ausschuss mitgenommen werden können.

Herr Schied sagte, dass es nicht darum geht, das Ganze komplett umzuwerfen. Es sind manchmal kleine Änderungen, die umgesetzt werden sollen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass Herr Stäglin deutlich gemacht hat, dass die Bauvorhaben, bei denen die Möglichkeit besteht Gestaltungen vorzunehmen, nochmals vorgestellt und beschlossen werden.

Es gab keine weiteren Redebeiträge. **Herr Lange** ließ den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

19 Ja-Stimmen
26 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, vor jedem Baubeschluss zur Hochwasserschadensbeseitigung 2013 **der in der Anlage dargestellten Projekte** jeweils einen dazugehörigen Gestaltungsbeschluss des Stadtrates einzuholen.

**zu 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Gestaltung des Riveufers im Rahmen der Hochwasserschadensbeseitigung
Vorlage: VI/2016/02590**

Herr Schied erläuterte die Änderung des Punktes 2 im Antrag und beschrieb die Wichtigkeit des Riveufers. Er legte dar, dass das Riveufer ausdrücklich zum Spazieren genutzt werden soll.

Herr Stäglin teilte mit, dass die Verwaltung bei ihrem vorgeschlagenen Votum bleibt, diesen Antrag abzulehnen. Er fügte hinzu, dass die Änderung des Punktes 2 im Antrag ein Nachteil für die vorliegenden Fahrradstraßen bedeutet.

Herr Oberbürgermeister ergänzte, dass der ehemalige Oberbürgermeister Richard Robert Rive bei den Stadträten nicht so hochgeschätzt war wie von Herrn Schied eben erwähnt.

Herr Schied betonte, dass der Fahrradverkehr auf der gegenüberliegenden Straßenseite von der Verwaltung geplant sei. Er schilderte, dass die Nutzungsmöglichkeit von Fahrradfahrern und Spaziergängern einheitlich wäre.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. **Herr Lange** ließ den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

1. Im Rahmen der Hochwasserschadensbeseitigung an allen Verkehrs-, Wegeflächen und Freiflächen am Riveufer legt die Verwaltung dem Stadtrat einen Entwurf zur Gestaltung zum Beschluss vor. Der Baubeschluss erfolgt in einem zweiten Schritt.
2. Im Rahmen der Schadensbeseitigung wird das gesamte Riveufer als ~~verkehrsberuhigter~~ entsprechend des Charakters eines verkehrsberuhigten Bereiches ~~ausgewiesen~~ gestaltet. ~~Der Allee-Charakter bleibt erhalten.~~ Dies beinhaltet:
 - eine besondere Gestaltung, die den Eindruck vermitteln, dass die Aufenthaltsfunktion überwiegt und der Fahrzeugverkehr eine untergeordnete Bedeutung hat,
 - ein niveaugleicher Ausbau über die ganze Straßenbreite,
 - Darstellung weniger, nur explizit notwendiger Parkplätze durch Pflasterwechsel,
 - Anlage von Frei- und Grünflächen, Bänken, Stadtmöblierung, Spielgeräten, Kunstobjekten,
 - Erhaltung vorhandener Bäume und des Allee-Charakters, ggf. Pflanzung neuer Bäume.
2. Die Verwaltung setzt sich beim Fördermittelgeber für die geänderte Gestaltung des Riveufers ein.

**zu 8.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE sowie der CDU/FDP-Fraktion zu Ehrengräber auf kommunalen Friedhöfen in Halle
Vorlage: VI/2016/02597**

**zu 8.3.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE sowie der CDU/FDP-Fraktion zu Ehrengräber auf kommunalen Friedhöfen in Halle (Vorl.-Nr.: VI/2016/02597)
Vorlage: VI/2017/02724**

Herr Dr. Fikentscher teilte mit, dass dem Änderungsantrag des Oberbürgermeisters von Seiten der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zugestimmt wird.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. **Herr Lange** ließ zuerst den Änderungsantrag und danach den Antrag abstimmen.

**zu 8.3.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE sowie der CDU/FDP-Fraktion zu Ehrengräber auf kommunalen Friedhöfen in Halle (Vorl.-Nr.: VI/2016/02597)
Vorlage: VI/2017/02724**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung führt über die bisherigen Grabarten hinaus „Ehrengrabstätten für

verdienstvolle einzelne Persönlichkeiten“ ein. Diese sollen ein ewiges Ruherecht haben, als solche gekennzeichnet sein, und einen schriftlichen Hinweis darauf erhalten, worin die besonderen Verdienste des/der Betroffenen bestehen.

2. Die Pflege übernimmt die Stadt, sofern dies nicht durch Familien, Institutionen oder Grabpaten geschieht.
3. Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat bis zum September 2017 eine Vorlage vor, in der die Zuerkennung einer Ehrengrabstätte sowie alles Nähere dauerhaft und allgemeingültig geregelt sind. Nach Beschlussfassung wird unverzüglich mit den auf den kommunalen Friedhöfen noch vorhandenen Gräbern von Ehrenbürgern der Stadt Halle begonnen und anschließend entsprechend der Vorlage weiter verfahren.

**zu 8.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE sowie der CDU/FDP-Fraktion zu Ehrengräber auf kommunalen Friedhöfen in Halle
Vorlage: VI/2016/02597**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadt Halle führt über die bisherigen Grabarten hinaus „Ehrengrabstätten für verdienstvolle einzelne Persönlichkeiten“ ein. Diese sollen ein ewiges Ruherecht haben, als solche gekennzeichnet sein, und einen schriftlichen Hinweis darauf erhalten, worin die besonderen Verdienste des /der Betreffenden bestehen.
2. Die Pflege dieser Grabstätten übernimmt die Stadt, sofern dies nicht durch Familien, Institutionen oder Grabpaten geschieht.
3. Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat bis zum September 2017 eine Vorlage vor, in der die Zuerkennung einer Ehrengrabstätte sowie alles Nähere dauerhaft und allgemeingültig geregelt sind. Nach Beschlussfassung wird unverzüglich mit den auf den kommunalen Friedhöfen noch vorhandenen Gräbern von Ehrenbürgern der Stadt Halle begonnen und anschließend entsprechend der Vorlage weiter verfahren.

**zu 8.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Sicherung des Einzelhandelsstandortes Hallescher Einkaufspark (HEP)
Vorlage: VI/2016/02594**

Herr Eigendorf führte in den Antrag ein. Er informierte, dass der Globus-Markt den Halleschen Einkaufspark verlassen werde. Es muss sich die Frage gestellt werden, wie es mit dem Halleschen Einkaufspark weitergehen wird.

Weiterhin sagte er, dass der Hallesche Einkaufspark im bestehenden Einzelhandels- und Zentrenkonzept aufgeführt ist. Der Standort ist für viele Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Halle (Saale), aber auch der umliegenden Gemeinden ein wichtiger Einkaufsstandort. Deshalb ist es wichtig, dass der Standort gesichert wird.

Durch den Antrag sollen die Verantwortlichen des Halleschen Einkaufsparks bei der Suche nach gleichwertigen Nachmietern durch die Stadtverwaltung unterstützt werden.

Er warb um Zustimmung des Antrages.

Frau Dr. Brock sagte, dass der Antrag eigentlich erledigt ist, da die Stadtverwaltung sich dieser Aufgabe bereits stellt. Weiterhin sagte Sie, dass der Antrag politisch fraglich ist. Entgegen dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept wurde im Stadtrat entschieden, dass der Globus-Markt wenige hundert Meter entfernt, einen Einkaufsmarkt bauen darf. Es muss sich die Frage gestellt werden, welche Bedeutung solch ein Konzept dadurch hat.

Herr Eigendorf wies darauf hin, dass man zunächst einen Aufstellungsbeschluss für einen neuen Einzelhandelsstandort in der Dieselstraße und nicht den Wegzug von Globus beschlossen hatte.

Herr Senius sagte, dass es nicht darum geht, über das Einzelhandels- und Zentrenkonzept zu diskutieren oder dem Globus Markt die Möglichkeit zum Wegzug zu eröffnen. Im Antrag geht es darum, dass die Stadtverwaltung unterstützend tätig werden soll, wenn ein wichtiger Mieter aus einem großen Einkaufspark geht.

Herr Feigl sagte, dass er bereits an anderer Stelle über den Zusammenhang zwischen der Entwicklung von Einzelhandelsflächen in Halle (Saale) und dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept hingewiesen hat. Weiterhin äußerte er, wenn man dem Aufstellungsbeschluss für einen neuen Einzelhandelsstandort in der Dieselstraße zustimmt, man auch die Folgen dieser Entscheidung tragen muss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Herr Lange** ließ den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, das Centermanagement des Halleschen Einkaufsparks (HEP) bei der Suche nach einem gleichwertigen Nachmieter für die Flächen des wegziehenden Globus-Marktes zu unterstützen.
2. Über den Fortgang der Bemühungen ist dem Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung regelmäßig in nicht-öffentlicher Sitzung Bericht zu erstatten.

zu 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Realisierung weiterer Strandbereiche an der Saale
Vorlage: VI/2016/02412

Herr Aldag schilderte, dass der Antrag funktionell einer Überprüfung dient, welche Voraussetzungen nötig sind, um weitere Strand- und Uferbereiche zu errichten.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Herr Lange ließ den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen weitere Uferbereiche der Saale im Stadtgebiet als Strandbereiche für die Badesaison 2017 eingerichtet werden können.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Instandsetzung von Gemeindestraßen Vorlage: VI/2017/02692

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Lange ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

In der Zukunftswerkstatt Ammendorf am 17.10.2016 wurde von den Bürgern massiv der Zustand der Gemeindestraßen bemängelt. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis April 2017 zu prüfen, ob und wie die Straßen Fritz-Kießling-Straße, Karl-Meißner-Straße, Otto-Bruder-Straße, Fasanenweg und der hintere Abschnitt der Herrmann Kussek Straße Instand gesetzt werden können. Hierbei ist insbesondere zu klären, ob Reparaturmaßnahmen ausreichend sind oder eine grundlegende Instandsetzung erfolgen muss.

Die Aufzählung ist prioritär.

zu 9.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Aufwertung des Spielplatzangebotes in Halle-Süd Vorlage: VI/2017/02693

zu 9.2.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Aufwertung des Spielplatzangebotes in Halle-Süd Vorlage: VI/2017/02722

Herr Scholtyssek wies auf die Zukunftskonferenz Oktober 2016 hin und daraus resultierend der Antrag zur Aufwertung des Spielplatzangebotes in den Stadtteilen Ammendorf, Radewell und Osendorf. Er sprach an, dass die Fraktion den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters übernimmt, da diese Änderung sinnvoll ist.

Frau Haupt sprach an, dass ihre Fraktion sich immer für das Spielplatzangebot einsetzen wird. Dennoch stellte sie inhaltliche Fragen zum Antrag. Im Antrag steht u. a., dass das Spielplatzangebot Osendorf umzusetzen ist. Und dann kommt, dass die Umsetzung 2017 erfolgen soll. Das stellt für sie einen Widerspruch dar. Wie soll das finanziert werden, da diese Spielplätze so nicht im Haushalt enthalten sind bzw. wenn doch enthalten, möchte sie

wissen, welche Konsequenzen diese Forderungen haben. Sie verwies auf die Prioritäten in der Spielplatzkonzeption und möchte nicht, dass dort enthaltene Spielplätze zugunsten der hier benannten Spielplätze nach hinten rutschen. Der Spielplatz in der Silberhöhe ist immer noch nicht fertig.

Herr Stäglin erläuterte, dass der Standort-Herrmann-Kussek Straße bisher nicht in der Spielflächenkonzeption enthalten ist und deswegen auch der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters gestellt wurde. Die Frage ist hier, ob man - unabhängig von der Spielflächenkonzeption - dort einen Spielplatz einrichten möchte und dies dann unter Abwägung der anstehenden Prioritäten in den Haushaltsplan eingeordnet werden müsste.

Bei den anderen Spielplätzen geht es um eine Aufwertung der genannten Spielplatzangebote.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Lange** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zur Aufwertung der Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen in den Stadtteilen Ammendorf, Osendorf und Radewell dem Rat mögliche Maßnahmen zur Entscheidung vorzulegen. Hierbei sind besonders zu berücksichtigen:
 - a. Spielplatzangebot in der Karl-Pilger-Straße (Ammendorf)
 - b. Spielplatzangebot im Stadtteil OsendorfDie Umsetzung vor Ort soll 2017 erfolgen.
2. Es wird geprüft, am Standort Herrmann-Kussek-Straße (Heimstättensiedlung) einen Spielplatz einzurichten. Ein konkreter Vorschlag nebst Ablaufplanung soll dem Rat bis zur Sommerpause vorgelegt werden.

**zu 9.2.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Aufwertung des Spielplatzangebotes in Halle-Süd
Vorlage: VI/2017/02722**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zur Aufwertung der Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen in den Stadtteilen Ammendorf, Osendorf und Radewell dem Rat mögliche Maßnahmen zur Entscheidung vorzulegen. Hierbei sind besonders zu berücksichtigen:
 - a. Spielplatzangebot in der Karl-Pilger-Straße (Ammendorf)
 - b. Spielplatzangebot im Stadtteil Osendorf

Die Umsetzung vor Ort soll 2017 erfolgen.

3. **Es wird geprüft**, am Standort Herrmann Kussek Straße (Heimstättensiedlung) ~~wird ein~~ einen Spielplatz ~~errichtet~~ **einzurichten**. Ein konkreter Vorschlag nebst Ablaufplanung soll dem Rat ~~bis März 2017~~ **bis zur Sommerpause** vorgelegt werden.

**zu 9.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Besetzung eines sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: VI/2016/02628**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat entsendet Herrn Anton Schumann als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.
2. Herr Frank Rösler scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung aus.

**zu 9.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Besetzung von Ausschüssen
Vorlage: VI/2016/02669**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Herr Steffen Kiesel scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung aus.

Frau Dr. Nicole Ramin wird als sachkundige Einwohnerin in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung berufen.

**zu 9.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung einer öffentlichen Toilette im Bereich des Saalestrandes auf der Ziegelwiese
Vorlage: VI/2017/02701**

Herr Aldag führte in den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen. Er sprach an, dass die Umsetzung des Anliegens seit Jahren ein Thema ist und mit der Begründung des Hochwassers an der Saale letztendlich gescheitert ist. Es gibt bauliche Möglichkeiten an dieser Stelle eine Toilette hochwassersicher zu errichten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag zur Vorberatung in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, damit dort die Prioritäten im Stadtgebiet erörtert werden und der Finanzvorschlag besprochen wird.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Zeitraum Mai bis August 2017 saisonal eine möglichst vandalismussichere Toilettenanlage für eine öffentliche Nutzung in der Nähe des Saalestrandes auf der Ziegelwiese aufzustellen.

**zu 9.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kunstforum für Kunstausstellungen erhalten
Vorlage: VI/2017/02702**

**zu 9.6.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Ulrike Wünscher (CDU/FDP-Fraktion) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kunstforum für Kunstausstellungen erhalten - Vorlagen-Nr.: VI/2017/02702
Vorlage: VI/2017/02765**

Frau Dr. Brock brachte den Antrag ein und schilderte, dass damit die Verhandlungen noch unterstützt werden sollen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass er den ausgehandelten Vertrag, wenn die Saalesparkasse zustimmt, in den Stadtrat zur Beschlussfassung bringt.

Frau Dr. Bergner stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung.

Frau Dr. Brock sprach sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus. Sie meinte, dass ein unterstützendes Votum aus dem Stadtrat für die Verhandlungen nicht schädlich ist.

Herr Lange bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Herr Wolter bat um Darstellung, mit welchen Bedingungen der Oberbürgermeister in die Vertragsverhandlungen geht. Er wies darauf hin, dass es keinen Beschluss gibt, der den Oberbürgermeister zu Vertragsverhandlungen ermächtigt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass vorerst geklärt werden muss, ob die Saalesparkasse einer weiteren Nutzung als Veranstaltungsort für Präsentationen zeitgenössischer Kunst zustimmt. Dann kann über den Ablauf verhandelt werden. Der jeweilige Vertrag, die jeweilige Vereinbarung würde dann in den Stadtrat zur Abstimmung gebracht werden.

Frau Dr. Wünscher sprach sich gegen den Antrag aus, da er zu einem Gebäude, das der Stadt nicht gehört, zu viel festlegt. Ein vereinfachter Antrag, der dem Oberbürgermeister den Auftrag erteilt, in die Verhandlungen zu treten, ist hier passender. Die Ausstellungsinhalte und die Personalfrage sind hier zu weit vorgegriffen.

Herr Bartl sagte, dass die Verhandlungen durch alle anderen Festlegungen erschwert werden.

Frau Dr. Wünscher stellte einen Änderungsantrag zum Antrag.

Frau Dr. Brock erklärte, dass sie den Änderungsantrag von Frau Dr. Wünscher übernimmt.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. **Herr Lange** ließ den geänderten Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt mit der Saalesparkasse Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, den Fortbestand des Sparkassenforums als Ausstellungsort für Bildende Kunst und Veranstaltungen für die Stadt Halle (Saale) zu erhalten.

**zu 9.6.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Ulrike Wünscher (CDU/FDP-Fraktion) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kunstforum für Kunstausstellungen erhalten - Vorlagen-Nr.: VI/2017/02702
Vorlage: VII/2017/02765**

Abstimmungsergebnis: **zurückgezogen**

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Saalesparkasse Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, den Fortbestand des Sparkassenforums als Ausstellungsort für Bildende Kunst und Veranstaltungen für die Stadt Halle (Saale) zu erhalten.

zu 9.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Umbesetzungen in beratenden Ausschüssen Vorlage: VI/2017/02758

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Frau Sarah Heinemann scheidet aus dem Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung aus.
Der Stadtrat entsendet Frau Renate Krimmling in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.
2. Frau Sarah Heinemann scheidet aus dem Kulturausschuss aus.
Der Stadtrat entsendet Frau Renate Krimmling in den Kulturausschuss.
3. Frau Sarah Heinemann scheidet aus dem Rechnungsprüfungsausschuss aus. .
Der Stadtrat entsendet Frau Renate Krimmling in den Rechnungsprüfungsausschuss.
4. Als sachkundige Einwohnerin wird Frau Marianne Böttcher in den Rechnungsprüfungsausschuss entsandt.

zu 9.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung im Aufsichtsrat der EVH GmbH Vorlage: VI/2017/02759

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der EVH GmbH die Abberufung von Frau Sarah Heinemann als Mitglied des Aufsichtsrates bindend vor.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der EVH GmbH Frau Renate Krimmling für eine Wahl in den Aufsichtsrat der EVH GmbH für den

Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitgliedes, Frau Sarah Heinemann, bindend vor.

3. Der Oberbürgermeister wird angewiesen, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

**zu 9.9 Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
Vorlage: VI/2017/02760**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Als sachkundiger Einwohner im Sportausschuss scheidet Herr Schmidt, Stefan aus.

Herr Albrecht, Christian wird als sachkundiger Einwohner in den Sportausschuss berufen.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 10.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum HFC-Nachwuchszentrum
Vorlage: VI/2017/02706**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur Sanierung der Brücke zur Rabeninsel
Vorlage: VI/2017/02707**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Verbesserung des Wohn- und Lebensumfeldes in der Südstadt
Vorlage: VI/2016/02666**

Die Beantwortung erfolgt im Stadtrat Februar.

zu 10.4 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu den Still- und Wickelplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2016/02592

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.5 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bereitschaft des Allgemeinen Sozialen Dienstes im Stadtteil Heide-Nord
Vorlage: VI/2017/02690

Herr Dr. Wend wollte wissen, ob nicht doch ein Personalmangel des Allgemeinen Sozialen Dienstes im Stadtteil Heide-Nord vorherrsche und ob dieses Problem nicht lösbar sei.

Frau Brederlow konnte dies nicht bestätigen; bei den jetzigen Fallzahlen wären drei Mitarbeiter ausreichend, dies sei allerdings nicht förderlich. Somit sei die aktuelle Situation besser, da auch eine Vertretungsregelung greife. Die Thematik könne aber gerne auch im Jugendhilfeausschuss genauer diskutiert werden.

Die Antwort der Verwaltung wurde im Weiteren zur Kenntnis genommen.

zu 10.6 Anfrage der SPD-Fraktion zu Aufwertung des Areals hinter dem Volkspark (Kleine Gosenstraße)
Vorlage: VI/2017/02691

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.7 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Förderschule für Geistigbehinderte Astrid Lindgren
Vorlage: VI/2017/02694

zu 10.8 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule Auenschule
Vorlage: VI/2017/02695

Herr Senius führte in die Situation der Förderschule für Geistigbehinderte "Astrid-Lindgren" ein. Die Schule sei in einem schlechten Zustand und der Baukörper sei nicht geeignet. Er lobte dafür das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer. Er regte an darüber nachzudenken, ob die geplanten Bauvorhaben für das Jahr 2020 nicht vorpriorisiert werden können.

Herr Lange konnte die schlechten Bauzustände bestätigen und schlug eine Diskussion im Bildungsausschuss vor. Dies gelte ebenfalls für andere Schulstandorte.

Die Antwort der Verwaltung wurde im Weiteren zur Kenntnis genommen.

zu 10.9 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Entwicklung der

Schüler*innenzahlen bei den Gemeinschaftsschulen
Vorlage: VI/2017/02696

Herr Rupsch erkundigte sich zum folgenden Antwortauszug der Verwaltung: „Hinzu kommt, dass bei einer vollständigen Auslastung der Beschulungskapazitäten der Gemeinschaftsschulen die bestehenden Sekundarschulen als Ausweichalternativen fungieren und somit die Beschulung der kapazitätsüberschreitende Menge an Schülerinnen und Schülern sicherstellen würden.“ Hierzu gebe es eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes, dass diese Alternative nicht rechtskonform sei.

Dies sei damit nicht gemeint, erklärte **Frau Brederlow**. Wenn eine Schulform gewählt werde, ist diese auch anzubieten. Hierbei ginge es nur um zur Verfügung stehende räumliche Kapazitäten, beispielsweise für Außenstellen. Auch andere Varianten werden geprüft und können im Bildungsausschuss thematisiert werden.

zu 10.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Lärmaktionsplanung
Vorlage: VI/2017/02697

Herr Rupsch fragte, in welchen Zusammenhang die Bearbeitung der Abfallgebührensatzung mit dem Stand der Lärmaktionsplanung steht. Weiterhin fragte er, in welcher Form die Öffentlichkeit beteiligt werde.

Herr Stäglin führte zur ersten Frage aus, dass die Erstellung der Abfallgebührensatzung viele Ressourcen gebunden hatte. Zur zweiten Frage sagte er, dass die Mitglieder des Ordnungs- und Umweltausschuss rechtzeitig beteiligt werden.

zu 10.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Straßenbeleuchtungskonzept
Vorlage: VI/2017/02698

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen des Stadtbahnprogramms
Vorlage: VI/2017/02699

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Mietvertrag zwischen der Stadion Halle GmbH und dem HFC
Vorlage: VI/2017/02700

Die Beantwortung erfolgt im nicht öffentlichen Teil.

**zu 10.14 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Anbringung von Werbung am Marktplatz
Vorlage: VI/2016/02401**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.15 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Schulgärten
Vorlage: VI/2016/02492**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.16 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Fahrradabstellmöglichkeiten
Vorlage: VI/2017/02686**

Die Beantwortung erfolgt im Stadtrat Februar.

**zu 10.17 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Mehrwegbechern
Vorlage: VI/2017/02687**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.18 Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu Personen ohne festen Wohnsitz
Vorlage: VI/2016/02681**

**zu 10.19 Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu Straftaten
Vorlage: VI/2016/02682**

Herr Raue sagte, dass er mit der Beantwortung der verschiedenen Anfragen durch die Stadtverwaltung unzufrieden ist. Er erwarte, dass die Beantwortungen überarbeitet werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass nur die Fragen beantwortet werden können, für welche die Stadtverwaltung zuständig ist.

**zu 10.20 Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu Geflüchteten
Vorlage: VI/2016/02683**

Die Beantwortung erfolgt im Stadtrat Februar.

Herr Dr. Wend äußerte, dass er sich für die von Herrn Raue gestellten fremdenfeindlichen Anfragen schäme.

zu 10.21 Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu Sozialleistungen
Vorlage: VI/2016/02685

Herr Raue sagte, dass er mit der Beantwortung der Anfragen unzufrieden ist.

zu 11 Mitteilungen

zu 11.1 Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) durch den Landesrechnungshof mit dem Schwerpunkt "Gewährleistung des Beteiligungsmanagement in wirtschaftlichen Unternehmen" - Bericht 15.08.2016
Vorlage: VI/2016/02609

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.2 Information zur Einziehung der Fußgängerunterführung Tunnel Südstadtring
Vorlage: VI/2016/02475

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.3 Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte
Vorlage: VI/2016/02563

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.4 Kommunales Bildungsmanagement

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.5 Mitteilung zur Kinderratssitzung am 08.01.2017

Frau Ernst informierte über die Kinderratssitzung am Tag der offenen Tür.

Mit dem ersten Beschluss schlägt der Kinderrat dem Stadtrat die Errichtung eines Spielplatzes auf dem Marktplatz vor **Frau Ernst** regte an, über diesen Beschluss in den Fraktionen zu beraten.

Der zweite Beschluss beinhaltet die Berufung eines Kinderbeirates für die Programmauswahl im neuen Planetarium. Die Verwaltung werde mit der neuen Leiterin / dem neuen Leiter des Planetariums über diesen Beschluss ausführlich beraten.

Im dritten Beschluss wurde der Oberbürgermeister durch den Kinderrat beauftragt, den Halleschen FC, die Saale Bulls, die Wildcats und die Halle LIONS zu bitten, monatlich 10 Familien zu einem Spiel einzuladen. Den genannten Vereinen werde man die Bitte schriftlich übersenden und das Ergebnis dem Stadtrat mitteilen.

Frau Ernst bezog sich des Weiteren auf die Aussage von Herrn Helmich, dass der Kinder- und Jugendrat nicht in die Planung zum Tag der offenen Tür eingebunden war. Der Kinder- und Jugendbeauftragte der Stadt Halle (Saale) hat den Kinder- und Jugendrat informiert und dieser hat sich mit dem Projekt Spielplatztester im Rathaus präsentiert.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 Anfrage Frau Dr. Brock zum Winterdienst in Grünanlagen der Stadt

Auf Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Frau Dr. Brock

Ja, Anlass war dann mein Erleben auf der Peißnitz am 11.01. . Deshalb ist diese Anfrage jetzt mündlich-schriftlich eingereicht worden. Also.

Zahlreiche Wege in Grünanlagen der Stadt werden auch in der kalten Jahreszeit intensiv von Fußgänger/innen und Radfahrer/innen genutzt, insbesondere die Querverbindung über die Peißnitz, allerdings gelten dort die Regelungen städtischer Straßenreinigungssatzung zum Winterdienst für diese Wege zumeist nicht. Dennoch werden eben auch diese Wege ausweislich der städtischen Homepage vom Team Grünfläche im Rahmen des Winterdienstes betreut.

Meine Frage: Auf welchen Wegen in öffentlichen Grünanlagen der Stadt wird aktuell und in welchem Umfang ein Winterdienst realisiert. Noch ein Nebensatz dazu. Auf der Peißnitz sind jetzt zu mindestens zwei Hauptwege gestreut gewesen, nichts desto trotz ist es zum Teil noch Lebensgefährlich, heute nicht mehr, aber gestern, dort lang zu gehen oder zu fahren.

Herr Lange

Herr Stäglin.

Herr Stäglin

Also in den, die Verwaltung hat natürlich zuerst an den Grundstücken auch bei öffentlichen Grünflächen die Anliegerpflichten zu erledigen. Das heißt also, zuerst wird mit eigenem Personal der Straßenraum gereinigt, so wie jeder Grundstückseigentümer nach Satzung auch es zu machen hat und dann je nach Ressourcen die zur Verfügung stehen, auch in Grünflächen. Ich denke es macht jetzt keinen Sinn ihnen zwei Seiten Stichpunkte vorzulesen und das würden wir schriftlich beantworten.

Herr Lange

O.K.

Ende Wortprotokoll

zu 12.2 Anfrage Herr Lange zum Haushalt

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll gefertigt.

Herr Lange

So, und dann habe ich noch eine mündliche Anfrage eingereicht. Der Stadtrat hat im Haushalt für die Sanierung der neuen IGS zusätzlich Geld eingestellt, damit eine Aula als Anbau für die Schule gebaut werden kann. Ich frage die Stadtverwaltung: Wird an der neuen IGS eine Aula als Anbau realisiert und zweitens wie ist der Stand der Planung?

Herr Geier. Ich hätte jetzt gedacht, das macht die Schule, aber wenn Herr Geier sich mit Bau auskennt, bitte.

Herr Geier

Ich kenn mich aus mit Finanzen.

Ja, also zu oder Frage eins und zwei würde ich gern zusammen beantworten und zwar wie folgt. Das hängt davon ab, wann die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen und das ist in dem Fall ja so: die Beschlusslage beim Haushalt bei dem Beschluss des Haushaltes war es so, dass man diese Maßnahme über zusätzliche Verkaufserlöse realisieren will und wir sind bei Maßnahmen im Finanzplan. Also das heißt im investiven Teil.

Dazu aufgefordert, nach der kommunalen Haushaltsverordnung, dann erst tätig zu werden, wenn die Deckungsmittel, die dafür geplant sind, auch dann tatsächlich bereitgestellt werden können. Das heißt im Klartext: wir müssen jetzt mal schauen, wie sich die Grundstückserlöse entwickeln und können dann ein Signal geben, wann es losgehen könnte.

Herr Lange

Gut, das werden wir mit Interesse beobachten. Ich frage noch einmal nach. Wir kennen Aussagen des Oberbürgermeisters, die er getätigt hat, dass er nicht möchte, dass diese Aula realisiert wird als Anbau. Der Stadtrat hat hier ein anderes Votum abgegeben. Ich frag jetzt den Oberbürgermeister. Wird er sich dafür einsetzen, dass die Aula realisiert wird und das eingestellte Geld dann für diese Aula auch zur Verfügung steht?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Der Oberbürgermeister setzt sich dafür ein, dass in den Schulen in den Gefahrenabwehrmaßnahmen durchzuführen sind, mit dem zur Verfügung stehenden Geld die Maßnahmen durchgeführt werden. Wir werden sehr sorgfältig darauf achten, dass diese Maßnahmen dann auch so umgesetzt werden. Und ansonsten gilt das, was Herr Geier gesagt hat.

Herr Lange

Ich habe gefragt, werden Sie dafür sorgen, dass die Aula gebaut wird? Die möchte ich jetzt beantwortet haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe mich dazu eben abschließend geäußert.

Herr Lange

Dann nehme ich das als ein Nein und als ein Affront gegenüber dem Stadtrat zur Kenntnis. Gut. Dann kommen jetzt weitere mündliche Anfragen. Wir sollen hier drüben anfangen.

Frau Dr. Brock

Wir nehmen das nicht zur Kenntnis.

Herr Lange

Doch. Zur Kenntnis muss ich es ja erstmal nehmen und wir werden natürlich dafür sorgen und unsere Konsequenzen daraus ziehen. Genau.

Ende Wortprotokoll

zu 12.3 Frau Haupt zum Spielplatz in der Silberhöhe

Frau Haupt äußerte, dass Sie bereits mehrfach nachgefragt habe, wann der Spielplatz fertig gestellt werde. Ihr wurde zugesagt, dass die Fertigstellung im November 2016 erfolge. Sie wies darauf hin, dass der Spielplatz bisher nicht fertig gestellt sei.

Sie fragte, warum die Fertigstellung im November nicht erfolgte.

Herr Stäglich sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.4 Frau Krimmling-Schoeffler zum Bericht OB

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange

Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ja schön guten Abend. Ich habe heute meinen Lieblingstagesordnungspunkt verpasst, weil ich nicht pünktlich war, das ist der Tagesordnungspunkt 5 Bericht des Oberbürgermeisters und ich wollte den Hauptverwaltungsbeamten bitten, diesen in Session zu hinterlegen, so dass ich ihn morgen Früh beim Frühstück nachlesen kann.

Herr Lange

Machen sie das?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir können gerne ein Wortprotokoll anfertigen, dann haben Sie ihn.

Herr Lange

Ja, ich glaube es ging um die Präsentation.

Herr Dr. Wiegand

Nein. Die Präsentation wird wie immer nicht rausgegeben.

Herr Lange

Aha. Gut, auch das werden wir.

Frau Dr. Brock

...na dann Wortprotokoll....*unverständlich*

Herr Lange

Das haben wir schon beantragt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Genau so.

Ende Wortprotokoll

zu 12.5 Herr Doege zum Bericht des Landesrechnungshofes

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange

Dann Herr Doege.

Es tut mir leid, ich habe jetzt hier keine richtige Liste. Doch da. Alles klar.

Herr Doege

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, ich habe diese Anfrage, die gleich kommen wird schon mal im Ordnungs- und Umweltausschuss gestellt, mit einer Beantwortung gebeten, bis heute. Da das nicht passiert ist, muss ich es also jetzt nochmal stellen. Es tut mir leid, an die Kollegen und Kolleginnen hier. Und zwar geht es um den Bericht des Landesrechnungshofes vom 15. August vergangenen Jahres. Der ist ausweislich des Eingangsstempels am 19. August 2016 im OB-Büro eingegangen mit der Verfügung Herrn Geier zur weiteren Bearbeitung und Rücksprache in Lage.

Im Geschäftsbereich I ist er eingegangen am 07. Oktober, also 7 Wochen später. Und 3 Tage später, am 10. Oktober im Geschäftsbereich II. Nun frag ich mich, gerade am 10. Oktober, da war die Satzung, die Abfallgebührensatzung bereits verwaltungsseitig erarbeitet. Sie lief auf den Ausschuss zu und wurde dann kurzfristig abgesetzt, weil offensichtlich auf Grund der Erkenntnisse des Berichtes, die nochmal neu überarbeitet werden musste.

Hätte man das nicht unter Umständen auch vermeiden können, wenn man wirklich kurzfristig den Bericht weitergegeben hätte an die Geschäftsbereiche? Dann hätten wir uns alle, die Verwaltung sich Doppelarbeit und wir uns im Prinzip ein- zweimal befassen mit unterschiedlichen Vorlagen zur gleichen Angelegenheit ersparen können.

Meine Frage also: Warum dauert es 7 Wochen, bis so ein Bericht in den Geschäftsgang gegeben wird?

Herr Lange

Frau Ernst, bitte.

Frau Ernst

Herr Doege. Da Sie jetzt aus dem Postbuch zitieren und nicht aus dem Terminkalender, kann ich jetzt noch nachträglich informieren, dass es dazu mehrere Termine gegeben hat und der Bericht besprochen wurde und dass dies in dieser Zeit erfolgt ist.

Herr Doege

Gut. Ich weiß zwar nicht wie man was bespricht, was man nicht kennt, aber ich nehme es so zur Kenntnis.

Ende Wortprotokoll

zu 12.6 Herr Schachtschneider zu Leitern an Schulen

Herr Schachtschneider verwies auf seine Anfrage zu Leitern an Schulen aus dem letzten Jahr. In der Beantwortung wurde ihm mitgeteilt, dass die Schulen mit entsprechenden Leitern ausgestattet werden sollen.

Er sagte, dass verschiedene Schulen bisher keine Leitern erhalten haben und bat um Prüfung des Sachverhalts.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass eine Prüfung erfolgen werde.

zu 12.7 Herr Scholtyssek zum Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Scholtyssek

Ja, ich habe eine Nachfrage zu Mitteilungen, zum Sachstand der aktuellen Bauprojekte. Thema HES. Ich weiß, da ist noch eine Beantwortung unterwegs aus der letzten Ratssitzung.

Ich möchte trotzdem fragen. Ich hatte in der Dezembersitzung nachgefragt nach dem aktuellen Stand der HES. Auf intensive Nachfrage hin hat Herr Stäglin dann eingeräumt, dass er doch nicht 2017, also in diesem Jahr, fertig wird, sondern dann erst im nächsten Jahr.

Das ist bedauerlich. Umso verwunderter bin dann ich aber, wenn ich diesen Bericht lese und daraus erkennbar ist, dass die Stadtverwaltung bereits am 19. Mai 2016 eine Verlängerung der Bauzeit bis 31.12.2018 beantragt hat. Da hätte ich schon erwartet, dass sie den Rat dann auch mal frühzeitig informieren und sich dann nicht in der Dezembersitzung jedes Wort dazu aus der Nase ziehen lassen.

Aber um das noch in eine Frage zu kleiden. Es sind noch zwei Lose offen, das Bau-Los 3, das betrifft die Straße zwischen der Berliner Straße und der B100 und das Bau-Los 4, zwischen Delitzscher Straße und Berliner Straße.

Nun haben wir in dem Bau-Los 4 aber auch wieder ein Ingenieur Bauwerk enthalten, also eine Brücke, über den Diemitzer Graben. Und nun war ja eigentlich die Argumentation, dass wir die Brücken vorn an der Berliner Straße und an der Bahn frühzeitig realisieren wollen, weil das andere nur Straße ist und relativ schnell geht.

Jetzt haben wir nun aber in dem vierten Los auch noch eine Brücke. Deswegen, die ernst gemeinte Frage: Wie lange wird das dauern und wann können wir mit der Freigabe dieser Straße rechnen?

Herr Stäglin

Nach aktuellem Stand in 2018.

Herr Scholtyssek

Können Sie sich vielleicht noch auf ein Quartal einschließen?

Herr Stäglin

Letzten Stand den ich habe, den habe ich auch hinterfragt, ist, und konnte noch nicht mit dem Projektsteuerer hinterfragen, eher Ende 18. Wir haben leider auch noch keine Bewilligung, kann ich hier ganz klar sagen, auf unseren Erhöhungsantrag.

Der BLSA prüft weiterhin unseren Erhöhungsantrag. Wir waren gerade als Verwaltung erst letzte Woche nochmal in Magdeburg, um dort Erläuterungen zu geben. Und uns ist zugesagt worden, dass wir bis Ende Februar jetzt eine Aussage kriegen sollen zum Antrag.

Herr Lange

O.K.

Ende Wortprotokoll

zu 12.8 Frau Dr. Brock zu Anwohnerparken

Frau Dr. Brock fragte, ob im engen Bereich des Zoologischen Gartens bereits geprüft wurde, ob die Notwendigkeit eines Anwohnerparkens bestehe.

Herr Stäglin sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.9 Herr Feigl zum Sozialrathaus

Herr Feigl bezog sich auf den Bericht des Oberbürgermeisters zum Thema Sozialrathaus. Er sagte, dass man darum gebeten habe, dass im Vorfeld ein Raumkonzept bzw. Gebäudekonzept vorgelegt werde.

Er fragte, ob dieses Konzept zeitnah vorgelegt werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass der Grundsatzbeschluss im Stadtrat eingebracht und danach in den Fachausschüssen beraten werden könne.

Herr Feigl wies darauf hin, dass er nach dem Konzept gefragt habe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass alle Unterlagen in den Stadtrat eingebracht werden.

zu 12.10 Herr Feigl zur Annahme von Spenden

Herr Feigl bezog sich auf die Beschlussvorlage „Annahme von Spenden“, welche unter TOP 7.13 beschlossen wurde. Er fragte, wie der Zeitplan für die Sanierung des Peißnitzhauses aussehe.

Frau Ernst antwortete, dass dieser Beschluss nicht Teil der Vorlage war.

Herr Feigl fragte nach, ob trotzdem ein geplanter Verlauf aufgezeigt werden könnte.

Frau Ernst sagte dies zu.

zu 12.11 Herr Rupsch zum Livestream von Stadtratssitzungen

Herr Rupsch fragte nach dem aktuellen Stand zum Livestream.

Herr Paulsen antwortete, dass man in der nächsten Ratssitzung darüber informieren werde.

zu 12.12 Herr Rupsch zur Transparenz bei städtischen Grundstücksgeschäften

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Rupsch

Die zweite Frage. Ich hatte in der Novembersitzung eine Nachfrage zu einer schriftlichen Anfrage von mir. Da ging es um Transparenz bei, also die Möglichkeit die Darstellung von Grundstücksverkäufen in den Beschlussvorlagen anzupassen bzw. werden da Unterschiede gemacht. Da hatte ich in der Dezember Stadtratssitzung nochmal nachgefragt. Mir liegt bis jetzt auch keine Antwort vor.

Herr Lange

Frau Marquardt

Frau Dr. Marquardt

Das müsste vorliegen. Das müsste verschickt worden sein. Wir schauen mal nach, wo es in Session ist.

Herr Rupsch

O.K.

Ende Wortprotokoll

zu 12.13 Herr Rupsch zur Parkplatzsituation in Halle (Saale)

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Rupsch

Kann ich, soll ich gleich die Dritte stellen, so lange wie. Gut.

Die MZ hat berichtet, vor 2-3 Tagen, zum Thema Parknot in Halle und da ging es vor allem um das Paulusviertel und das Glauchaviertel. Und in dem Text ist die Rede davon, wir hatten ja, es steht ja noch die Umsetzung zum Parkraumkonzept aus. Da war ja die Ankündigung der Stadtverwaltung, dass sie da bestimmte Sachen rausnehmen wird und die dann schon vorbereiten wird und dann ist dazu noch Vorlagen geben wird. Und ursprünglich sollte das jetzt im Februar passieren. Das war der letzte Stand, den wir hatten.

Und jetzt steht in dem Artikel aber, dass das noch im ersten Halbjahr kommen soll, also die Umsetzung des Parkraumkonzepts. Ja. Und da wollte ich mal nachfragen, was denn da jetzt stimmt. Bekommen wir da im Februar was oder kommt das dann noch im ersten Halbjahr, so wie das in dem Artikel stand?

Und zu dem Artikel habe ich auch gleich noch eine zweite Frage, also die gehört thematisch dazu. Die würde ich gleich noch mit stellen. In dem Artikel ist die Rede davon, dass die Verwaltung, dass es Prüfungen gibt und man sucht nach einem Investor für ein Parkhaus in der Gudrun-Goeseke-Straße.

Und da hätte ich mal genauere Infos, in welcher Form man da sucht, wo man da sucht und, weil das war immer so eine Baustelle, wo sich offensichtlich nichts ergeben konnte und sollte und durfte, weil sich niemand finden wollte der das machen würde. Da würde ich gerne mal kurz ausmachen, was da der Stand ist und wie und wo man da nach einem Investor sucht.

Herr Stäglin

Also, zum letzten Teil. Es gibt nichts Konkretes bisher, aber natürlich stehen wir weiterhin in Kontakt insbesondere mit der Universität, weil uns bewusst ist, dass wir zwar eine Einnahme aus Stellplatzablöse hatten, was aber keine konkrete Problemlösung vor Ort mit sich bringt.

Und das wir da natürlich gucken, wenn wir von Kenntnis bekommen von Investoren, die Interesse an Parkhäusern haben, die, mit Blick auf mal geförderte Maßnahmen, keine innovativen besonderen sind, sondern ganz konventionelle Parkhäuser, die wirklich auch so funktionieren, dass wir dann gucken, können wir hier Kontakte herstellen.

Da sind wir also noch im Gespräch um Lösungen zu finden. Und bezüglich der Zeitkette würde ich ihnen lieber nochmal schriftlich zuarbeiten bis wann dem Rat das vorgelegt werden soll, das Prüfergebnis.

Herr Rupsch

Danke.

Ende Wortprotokoll

zu 12.14 Herr Wolter zum Bericht OB

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange

So, dann Herr Wolter nochmal.

Herr Wolter

Ich war jetzt nur verwundert Herr Oberbürgermeister, dass Sie die Präsentation ihres Berichtes nicht mit uns versenden wollen bzw. im Protokoll nicht erscheint, deshalb wollte ich gern nochmal eine rechtliche Klarstellung.

Meiner Meinung nach ist alle Unterlagen, die von der Verwaltung hier innerhalb der Versammlung und allen Tagesordnungspunkten hiermit verwendet werden Bestandteil des Sitzungsprotokolls und so wie wir alle Unterlagen bekommen, sehe ich natürlich auch ihre Präsentation, die ich bisher noch nie verlangt habe, weil ich das ja erleben konnte und nicht im Detail nachlesen musste, aber wenn die Bedürfnis hier besteht, verstehe ich das ja auch zu anderen vielleicht nichtanwesenden Mitgliedern.

Würde ich gern nochmal eine rechtliche Klarstellung haben, ob meine Auffassung richtig ist, dass alle Unterlagen die von der Verwaltung hier verwendet werden und natürlich benutzt werden und uns ja auch einen Eindruck von Ihnen, sag ich mal, Details geben, auch Bestandteil des Protokolls sein müssten.

Herr Lange

Zu rechtlichen Fragen wird sicherlich Herr Schreyer was sagen, gehe ich davon aus.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das entscheidet nicht Herr Lange, sondern das entscheidet der Oberbürgermeister.

Herr Lange

Nein, das war eine Frage. Nein, Nein, Nein. Das Wort erteile ich, aber wenn der Oberbürgermeister was sagen möchte, bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Genau.

Der Bericht des Oberbürgermeisters ist mündlich. Und von daher sind das Dinge zum Mitlesen und deshalb bleibt es dabei, dass der Bericht mündlich abgegeben wird. Wir haben ja Wortprotokoll beantragt, da steht jedes Wort drin und deshalb ist dem Genüge getan.

Herr Lange

Gut. Unabhängig davon steht es uns ja frei, das entsprechend in der Geschäftsordnung noch zu klären, was Bestandteil des Protokolls zu sein hat. Herr Wolter nochmal.

Herr Wolter

Ich hätte nochmal eine Nachfrage.

Also ich lass mich ja gern veralbern, aber das, so versteh ich Ihre Aussage nicht. Ein mündlicher Bericht, Herr Oberbürgermeister, in der Sache, ist ein mündlich vorgetragener Bericht.

Was Sie hier tun, ist die Verbindung zwischen Schrift und Bild und festgelegter Satzgebung. Mit einer Ordnung, einer Orthographie, mit einem Satz dahinter, teilweise mit Photographien, die mir einen Inhalt hier mitteilen, der natürlich über Ihren mündlichen Bericht hinausgeht.

Ich würde doch niemals fordern, wenn Sie das für sich selbst ein Manuskript sehen, dass ich das gern zu Händen haben wollte. Sondern Sie haben hier einen Bericht mit Materialien und sozusagen den Bürger und auch mir zur Kenntnis gegeben. Insofern würde ich gerne nochmal bitten, eine rechtliche Klarstellung, ob wie bei allen anderen Vorlagen nämlich Informationen, das ist für mich eine Information, die ja nicht sag ich mal beiseite, sondern das ist eine wichtige Information für uns, die wir auch gerne mitnehmen wollen, ob Sie jetzt sozusagen bei der Auffassung bleiben.

Ich verstehe den Hintergrund, vielleicht können Sie uns nochmal sagen, warum Sie uns sozusagen dieses Bildmaterial nicht mit zur Verfügung stellen, vielleicht gibt es auch einen Sachgrund, aber den seh, kann ich nicht nachvollziehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe Ihnen eben meine Auffassung erläutert.

Ende Wortprotokoll

zu 13 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

**zu 14.1 Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in die Unterlagen Friedhofsentwicklungsplanung (Gutachten) der Stadt
Halle (Saale)**

Herr Lange teilte mit, dass ein Antrag auf Akteneinsicht in die Unterlagen der Friedhofsentwicklungsplanung (Gutachten) der Stadt Halle (Saale) durch die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) gestellt wurde.

zu persönliche Erklärung von Herrn Raue

Herr Raue äußerte, dass er gegen den Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit protestiere. Aus seiner Sicht geben die gestellten Anfragen keinen Anlass für diese Unterstellung.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange** beendete den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung.

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer